3/2024

Deutsches Institut
für Urbanistik

Berichte

Das Magazin des Difu

4 Standpunkt
Klimaanpassungsgesetz – alles kann, wenig muss

6 Forschung & Publikationen
Ist das noch Krise oder schon Transformation?

22 Neue Projekte
Kleingärten sind grüne Infrastruktur

26 Veranstaltungen
Planfeststellung meets Stadtentwicklung

Editorial

Standpunkt

4 Klimaanpassungsgesetz – alles kann, wenig muss

Forschung & Publikationen

6 Ist das noch Krise oder schon Transformation?
7 Region ist Solidarität: Gerechter Ausgleich von Lasten und Nutzen
8 Citizen Science: Stadtgeschichte und bürgerschaftliche Forschung
9 Kommunen strukturieren ihre Beteiligungsaktivitäten
11 Effiziente Organisationsmodelle für Smart Cities
12 Die Rolle von Sustainable Finance für Kommunen in Deutschland
13 Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie
14 Superblocks – Instrument zur nachhaltigen Transformation
15 Kommunale Radverkehrsförderung beschleunigen

Neue Projekte

21 Smart Cities verstetigen
21 Portal Nachhaltige Kommunen
22 Noch besser beteiligen
22 Kleingärten sind grüne Infrastruktur

Veranstaltungen

24 Veranstaltungsvorschau
26 Planfeststellung meets Stadtentwicklung
27 Klimaschutz braucht kommunale Weichenstellungen
28 Grüne Welle, Deutschlandticket oder Parkgebühren?
29 Inklusive Frühförderung – Wirksamkeit im Fokus!

Nachrichten & Service

16 Was ist eigentlich eine Schwammstadt?
17 Veröffentlichungsüberblick
19 Difu-Service für Zuwender
20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
30 Dreieich – eine facettenreiche Stadt
31 Germersheim – Die Festungsstadt in der Metropolregion Rhein-Neckar
32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
33 Difu aktiv
34 Neues im Inter-/Extranet des Difu
35 Difu-Presseresonanz

Editorial

Foto: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

Corona hat in mancherlei Hinsicht die Welt verändert. Das gilt auch für die Fort- und Weiterbildung. Wir haben alle gelernt, auf Kacheln zu lernen. Wir haben die vermeintliche Effizienz des digitalen Unterrichts und Diskurses kennengelernt. Abwesenheiten vom Arbeitsplatz werden minimiert, Reisekosten eingespart. Kurzum: Die Erwartungen von Arbeitgebern und Beschäftigten an die Anbieter von Fortbildung haben sich verändert.

Das Difu bietet seit Jahrzehnten – neben seinem Kerngeschäft der angewandten Forschung – Seminare für Praktikerinnen und Praktiker aus den Kommunen an. Diese Seminare dienen nicht nur dem Wissenstransfer, sondern auch dem Erfahrungsaustausch, dem Netzwerken, dem manchmal zufälligen Gespräch am Rande. Wir glauben, dass solche Formate besonders gut in Präsenz funktionieren. Und wir wissen aus langjähriger Erfahrung, dass sie von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gerade deshalb als besonders wertvoll empfunden werden. Wir bieten deshalb auch 2025 die meisten unserer Seminare in Präsenz an. Darüber hinaus bieten wir eine Reihe von Fortbildungen als ein- oder zweitägiges WebSeminar an.

Auf den Seiten 24 und 25 finden Sie das neue Seminarprogramm 2025. Wir hoffen, dass das richtige Seminar für Sie dabei ist. Wenn nicht, schreiben Sie uns gern, welche kommunalen Themen wir künftig stärker ansprechen sollten.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Prof. Dr. Carsten Kühl
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Klimaanpassungsgesetz – alles kann, wenig muss

Das Klimaanpassungsgesetz des Bundes (KAnG) setzt erstmals einen bundesweiten Rechtsrahmen für die Klimaanpassung. Ob dieser dazu führt, dass die Kommunen sich zeitnah auf den Klimawandel vorbereiten können, liegt nun in der Hand der Länder.

Am 1. Juli 2024 ist das Klimaanpassungsgesetz des Bundes (KAnG) in Kraft getreten und setzt erstmals einen gesetzlichen Rahmen für die Klimaanpassung in Bund, Ländern und Kommunen. Die Länder werden mit dem Gesetz aufgefordert, selbst Klimaanpassungsstrategien zu entwickeln und dafür zu sorgen, dass Kommunen eigene Klimaanpassungskonzepte erarbeiten. Der Bund verpflichtet sich im Gegenzug dazu, seine eigene bereits im Jahr 2008 verabschiedete Klimaanpassungsstrategie fortzuentwickeln, neu zu konzipieren und mit messbaren Zielen zu hinterlegen. Das KAnG macht damit Anpassungskonzepte der Kommunen zum zentralen Instrument der Klimaanpassung, wobei es den Ländern große Freiheiten einräumt, wie sie ihre Vorgaben zur Konzepterstellung ausgestalten.

Ein rechtlicher Rahmen für die Klimaanpassung ist ein großer Schritt in die richtige Richtung, denn alle Kommunen in Deutschland haben mit den Folgen des Klimawandels zu kämpfen. Einzelne regionale katastrophale Starkregen- und Überschwemmungsereignisse sowie Hitze- und Dürreperioden, wie sie in den letzten Jahren immer häufiger vorgekommen sind, fassen die Situation nicht ausreichend zusammen. Die Klimawirkungs- und Risikoanalyse 2021 für Deutschland hat über 100 Auswirkungen des Klimawandels in Deutschland festgestellt, die teils miteinander in Wechselwirkungen stehen und die je nach Region variieren. Die Komplexität der individuellen Betroffenheit erfordert ein analytisches und strategisches Vorgehen, um die Kommunen vorzubereiten. Der Fokus des KAnG – die Schaffung konzeptioneller und fachlich begründeter Grundlagen – ist also unabdingbar für die Entwicklung und Umsetzung zielgerichteter Maßnahmen, die die Betroffenheit der einzelnen Kommunen adressieren.

Inhaltlich werden die Länder durch das KAnG aufgefordert, ihre Anforderungen an die kommunalen Konzepte so auszugestalten, dass sie auf einer Klimarisikoanalyse oder einer vergleichbaren Entscheidungsgrundlage basieren (§12 Abs. 3 KAnG). Ein ambitioniertes und grundsätzlich sinnvolles Ziel, denn es gibt große regionale Unterschiede hinsichtlich der Betroffenheit, zudem schaffen fachlich-inhaltlich vergleichbare Konzepte untereinander anschlussfähige Grundlagen. Damit könnten auch regionale Prozesse in Gang gesetzt werden, denn Extremereignisse machen nicht an Gemeinde- oder Kreisgrenzen halt.

Das KAnG unterstützt auch den langfristigen Aufbau von Kooperationsstrukturen. Nicht nur zwischen Kommunen, auch innerhalb der kommunalen Verwaltungen sollen Anknüpfungspunkte gefunden und Synergien genutzt werden. Einschlägige Planungen der Kommunen – wie Hitzeaktionspläne, Starkregen- und Hochwassergefahrenkarten, Freiraumkonzepte – sollen berücksichtigt und entsprechende Lücken der Klimaanpassung geschlossen werden (§ 12 Abs. 6 KAnG).

Erstellen jetzt also alle Kommunen in den nächsten Jahren Klimaanpassungskonzepte? Ob wirklich jede einzelne Kommune tätig werden muss, liegt im Ermessen der Länder. Gemäß § 12 Abs. 1 legen sie die Verantwortungsbereiche fest, die für die Erstellung der kommunalen Klimaanpassungskonzepte zuständig sind. Die Länder können ebenso bestimmen, dass Gemeinden unterhalb einer gewissen Größe – auch diese liegt im Ermessen der Länder – keine Konzepte aufstellen müssen, wenn es stattdessen ein kreisweites Konzept gibt, das auch die Zuständigkeiten der Mitgliedsgemeinden berücksichtigt. Es wäre denkbar, dass nur Landkreise und größere Städte aktiv werden müssen. Dies wäre vor allem für kleine Kommunen von Vorteil, die nicht über ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen verfügen. Landkreisübergreifende Konzepte würden dafür sorgen, dass schneller flächendeckend Konzepte vorliegen, die Betroffenheiten und Bedarfe jeder Kommune mitgedacht werden müssen und in etwa zeitgleich mit der in Kommunen und im Kreisverbund abgestimmten Umsetzung von Maßnahmen begonnen werden kann.

Fristen zum Festlegen der eigenen Vorgaben gibt es für die Länder nicht. Hier bleibt zu hoffen, dass die Länder einerseits gemeinsam mit ihren Kommunen Lösungen finden, die rasche Fortschritte in der dringend benötigten Klimaanpassung bringen und gleichzeitig die schwierige Personalsituation und generelle Überlastung der Kommunen berücksichtigen. Andererseits wäre auch ein untereinander abgestimmtes und nicht zu unterschiedliches Vorgehen der Länder zu begrüßen, um alle

Fotos: Difu

Dr.
Andrea Fischer-Hotzel
+49 221 340308-21
fischer-hotzel@difu.de

Nele Meyer
+49 30 39001-234
meyer@difu.de

Foto: Adobe Stock, pahis

Kommunen und entsprechend ihre Einwohner*innen gleich gut auf den Klimawandel vorzubereiten.

Der große Spielraum der Länder bezüglich ihrer Vorgaben an die Kommunen – zeitlich und inhaltlich – ermöglicht es ihnen, auf ihre jeweiligen verwaltungsstrukturellen, klimatischen und topografischen Besonderheiten einzugehen. Er lässt bei den Kommunen aber auch viele Fragen bezüglich potenzieller Szenarien aufkommen, auf die es aktuell noch keine befriedigenden Antworten gibt.

Noch ist offen, wie Kommunen ihre neuen Aufgaben finanzieren sollen. Wenn die Länder mit ihren Klimaanpassungsgesetzen die Kommunen zur Konzepterstellung verpflichten, müssen sie diese neue Aufgabe gemäß landesverfassungsrechtlichem Konnexitätsprinzip auch finanzieren. Allerdings sieht der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien im Bund von 2021 eine gemeinsame Finanzierung der Klimaanpassung durch Bund und Länder sowie eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Länder vor, sodass hier noch eine Einigung gefunden werden muss. Der Deutsche Städtetag fordert schon länger die Einführung einer Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung im Grundgesetz. Diese Option würde eine direkte Mitfinanzierung durch den Bund ermöglichen.

Fraglich ist derzeit auch die Zukunft des Förderprogramms „Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ (DAS-Förderung). Über das 2024 auslaufende Programm hat der Bund bislang Erstellung und Umsetzung von kommunalen Klimaanpassungskonzepten sowie Personal für kommunales Klimaanpassungsmanagement gefördert. Es darf aber nur gefördert werden, wo keine gesetzlichen Verpflichtungen bestehen. Da die Anforderungen an die geförderten Konzepte aber über die Anforderungen des KAnG hinausgehen, wäre eine Fortführung der Förderung prinzipiell möglich und aus Sicht der Kommunen wünschenswert.

An einer Stelle entfaltet das KAnG direkt Wirkung für Kommunen: Mit der Einführung des Berücksichtigungsgebots (§8) für Träger öffentlicher Aufgaben sind Kommunen (und weitere Akteure) ab dem kommenden Jahr verpflichtet, in ihren Planungen und Entscheidungen Klimaanpassungsbelange zu berücksichtigen. Dieses Instrument findet in NRW bereits seit 2021 Anwendung. NRW empfiehlt dazu die Anwendung eines vom Difu entwickelten Klimaanpassungschecks für Kommunen in allen kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen. Die für den Herbst vorgesehene Novelle des Baugesetzbuches mit neuen Festsetzungsmöglichkeiten für Klimaanpassungsmaßnahmen wird das Thema weiter stärken.

Die bundesweit flächendeckend vorgesehenen Klimaanpassungskonzepte und das Berücksichtigungsgebot gemäß KAnG Bund, die kommende neue vorsorgende Klimaanpassungsstrategie des Bundes und die BauGB-Novelle werden die Klimaanpassung in Deutschland einen großen Schritt voranbringen. Sie zeigen Notwendigkeiten, aber auch Handlungsmöglichkeiten, die nun weiter ausgestaltet werden müssen. Am Zug sind insbesondere die Länder, deren Vorgaben maßgeblich Zuständigkeiten und ein Zeithorizont für die Erstellung kommunaler Konzepte bestimmen werden. Ein zügiges, abgestimmtes Vorgehen der Länder ist mehr als wünschenswert, damit die Klimaanpassungskonzepte in die dringend notwendige Umsetzung gehen können.

zum Weiterlesen

Bundes-Klimaanpassungsgesetz (KAnG)
www.t1p.de/sig1c

Zentrum Klimaanpassung:
www.t1p.de/ogsgl

Klimawirkungs- und Risikoanalyse für Deutschland 2021:
www.t1p.de/zaxv9

Klimaanpassungscheck für Kommunen in NRW:
www.t1p.de/8mfp2

Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz:
www.difu.de/18401

Ist das noch Krise oder schon Transformation?

Im Auftrag des BMBF untersuchte das Difu, ob durch die Coronapandemie und die damit verbundenen Maßnahmen transformative Innovationsprozesse in deutschen Kommunen sowie der Stadtentwicklung nachhaltig angestoßen wurden.

Die Coronapandemie hat wie kaum ein Ereignis zuvor das gesellschaftliche Leben verändert. Insbesondere zu Beginn der Pandemie wurden Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus getroffen, die für viele Menschen unvorstellbare Eingriffe in das öffentliche Leben und individuelle Rechte darstellten: Reiseverbote, Ausgangs- und Zugangsbeschränkungen, Kontaktverbote, Abstandsgebote etc. schränkten die Mobilität vieler Menschen ein. Zur Reduzierung von Kontakten und Übertragungsketten wurden viele ins Homeoffice geschickt, Kitas und Schulen sowie Kultureinrichtungen und Gastronomie waren zeitweise geschlossen.

Öffentliche Dienstleistungen und die kommunale Daseinsvorsorge konnten gleichwohl flächendeckend aufrechterhalten werden. Vielfach wurde die Corona-Pandemie als disruptiver Moment, als „Zäsur“ gesehen, der bestehende Routinen in Frage stellen und damit auch die urbane Transformation beschleunigen könnte. Dem gegenüber standen auch skeptische Stimmen, die Veränderungen im Kontext der Pandemie nur als temporäre Phänomene ansahen und eine Rückkehr zum alten „Normal“ nach dem Ende der Pandemie erwarteten.

Foto: Adobe Stock, fullmoney

Die Coronapandemie war eine umfassende, alle Lebensbereiche betreffende Gesundheitskrise. Und aufgrund der mehrjährigen Dauer zeigte sie eine markante Differenz zu anderen thematisch und/oder räumlich begrenzten Krisen (wie z.B. der Flüchtlingszuwanderung aus der Ukraine) oder Katastrophen (z.B. die Sturzfluten und Hochwasser im Ahrtal 2021 und im Frühsommer 2024). Das Verwaltungshandeln war zur Bewältigung der Coronapandemie mit bisher in dem Maße nicht bekannten Herausforderungen verbunden.

Aus diesem Grund führte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) das Forschungsvorhaben „Stadtregionale Transformationsprozesse im Rahmen der Pandemiebewältigung und der Post-Pandemie-Phase (RegTransPan)“ durch. Ziel war es zu untersuchen, ob durch die Coronapandemie und die damit verbundenen Maßnahmen transformative Innovationsprozesse in deutschen Kommunen sowie der Stadtentwicklung nachhaltig angestoßen wurden. Zudem wurde analysiert, ob daraus grundsätzliche Schlussfolgerungen für urbane Transformations- und kommunale Innovationsprozesse abzuleiten sind. In dem Vorhaben ging es um die Untersuchung von Transformationsprozessen in deutschen Städten und Stadtregionen im Kontext der Pandemie aus Sicht kommunaler Akteure.

Im Zentrum standen mögliche mittel- und langfristige Veränderungen in ausgewählten kommunalen Aufgabenbereichen und im kommunalen Verwaltungshandeln. Das methodische Vorgehen im Rahmen der Studie basierte auf einem Mix von quantitativen (deutschlandweite Kommunalbefragungen) und qualitativen Methoden (Expert*inneninterviews, Fokusgruppengespräche) der empirischen Sozial- und Stadtforschung, die zeitlich versetzt zur Anwendung kamen und ineinandergriffen.

Neben einer Darstellung der Ergebnisse zu Veränderungs- bzw. Transformationsprozessen in den kommunalen Handlungsfeldern Stadtentwicklung, Mobilität, Wirtschaft und Kultur sowie im Verwaltungshandeln wurden die gewonnenen Erkenntnisse in Form von Handlungsempfehlungen für urbane Anpassungs- und Transformationsprozesse verdichtet.

Die Studie des Difu-Autor*innenteams steht als Online-Veröffentlichung zur Verfügung.

www.difu.de/18581

Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Region ist Solidarität: Gerechter Ausgleich von Lasten und Nutzen

Der Weg vom interkommunalen Konzept zum gemeinsamen Projekt ist, wie das Gemeinschaftsprojekt der Stadt München mit den Landkreisen Dachau und Ebersberg zeigt, die größte Herausforderung der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit.

Interkommunale und regionale Zusammenarbeit ist in der Region München und anderswo langjährig erprobte Praxis. Trotz zahlreicher Erfahrungen und einer großen Auswahl an rechtlichen und planerischen Instrumenten hängen Aufbau und Verstetigung von Kooperationsbeziehungen über Gemeindegrenzen hinweg jedoch von vielen Voraussetzungen ab. Hier setzte das Gemeinschaftsprojekt „Region ist Solidarität“ der Landeshauptstadt München sowie der Landkreise Dachau und Ebersberg an. Es wurde von 2020 bis 2023 vom Deutschen Institut für Urbanistik zusammen mit der stattbau München durchgeführt.

In der ersten Phase des – vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) für die Landeshauptstadt München umgesetzten – Projekts wurden Planungsinstrumente, die interkommunale Kooperation unterstützen, zusammengetragen, geprüft und in Steckbriefen aufbereitet. Die zweite Phase konzentrierte sich auf die Umsetzungserfahrungen und -erfordernisse in der Region München. Ziel war es, den Status-quo der regionalen Kooperationskultur qualitativ und quantitativ zu erfassen und die Umsetzung ausgewählter interkommunaler Maßnahmen im Themenfeld Mobilität zu begleiten. Dabei sollten Methoden des Kosten-Nutzen-Ausgleichs erprobt und Grundlagen für dauerhafte Kooperationen geschaffen werden.

Das Projekt zeigt, dass und wie das Umland und die Landeshauptstadt in der Region München aufgrund des anhaltenden Wachstumsdrucks näher zusammenrücken. Interkommunale und regionale Kooperationen nehmen zu, gut erkennbar an zahlreichen neuen Zusammenschlüssen, Zweckverbänden und interkommunalen Allianzen. Dennoch bleiben auf dem Weg zu konkreten interkommunalen Projekten viele Hürden. Interkommunale Konzepte entstehen relativ leicht, doch die Realisierung einzelner Projekte ist schwierig und die Mehrzahl der Konzepte bleibt in der Schublade. Vor allem kleineren Gemeinden fehlen fachliche und organisatorische Unterstützung bei der gemeinsamen Projektentwicklung und -umsetzung.

Die Suche nach Lösungen in der Region gleicht jedoch einer Quadratur des Kreises. So werden die vorhandenen regionalen Institutionen der Region München als nicht ausreichend handlungsfähig eingeschätzt und Alternativen gesucht. Gleichzeitig sind starke regionale Institutionen nicht gewünscht. Diese strukturelle Herausforderung bleibt bisher ungelöst. Gewünschte regionale Kümmerer sind zu schwach oder fehlen. Ein weiteres Dilemma zeigt sich im Themenfeld Mobilität. Obwohl hoch bewertet als interkommunales Handlungsfeld, erweist sich die Umsetzung der Mobilitätswende im Stadt-Umland als schwierig. Befragte Akteure sehen in der startenden IBA einen Motor für eine raschere Planung und Umsetzung von Projekten mit regionaler Strahlkraft.

Foto: Adobe Stock, styf

Der Weg vom Konzept zum Projekt gelingt nur, wenn Kommunen ihre machbare Rolle in interkommunalen Kooperationsprojekten eindeutig definieren und kommunizieren – zum Beispiel als Umsetzerin, Unterstützerin sowie bei der Zuarbeit von der „Seitenlinie“. Regionale Institutionen sollten ebenfalls ihre Möglichkeiten und Grenzen klar benennen. Insbesondere kleinere Gemeinden würden von einer starken Institution erheblich profitieren, die sie bei der Umsetzung interkommunaler Projekte fachlich und finanziell unterstützt. Regionale Kümmerer, wie Landkreise, andere regionale Akteure oder gemeinsam finanzierte Projektsteuerer, könnten – versehen mit ausreichend Ressourcen und Zuständigkeiten – die interkommunale Vernetzung fördern, als Multiplikatoren dienen und die Projektumsetzung unterstützen.

www.difu.de/17534
www.difu.de/15759

Dr. rer. pol.
Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de

Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Citizen Science: Stadtgeschichte und bürgerschaftliche Forschung

Das aktuelle Heft der Zeitschrift „Moderne Stadtgeschichte“ (MSG) zeigt, wie das Konzept der Citizen Science für die Auseinandersetzung mit der lokalen Geschichte nutzbar gemacht werden kann. Seit 2024 erscheint die Zeitschrift als Open Access-Publikation.

„Citizen Science“ oder „Bürgerwissenschaft“ ist ein Konzept, das zunehmend Bestandteil kulturpolitischer Strategien der Kommunen ist. Das gilt insbesondere für die Erforschung stadtgeschichtlicher Themen. Bürger*innen sollen dazu ermutigt werden, Erinnerungen und Quellen zu sammeln. Zudem gilt es, ihnen historische Materialen zugänglich zu machen, um bisher unbekannte Zusammenhänge aufzuzeigen oder neue Interpretationen zu entwickeln. Viele Museen, Kultur- und Bildungseinrichtungen erproben derzeit Formate, die möglichst breite Bevölkerungskreise in die Auseinandersetzung mit der lokalen Geschichte einbeziehen. Gleichzeitig ist die Stadtgeschichte Gegenstand wissenschaftlicher Forschung an Universitäten und Forschungseinrichtungen, die sich ebenfalls zunehmend für die Zusammenarbeit mit Bürger*innen öffnen.

Foto: Adobe Stock, Lefteris Papaulakis

Das im Juli 2024 erschienene Heft der Zeitschrift „Moderne Stadtgeschichte“ (MSG) geht der Frage nach, wie die Zusammenarbeit zwischen akademischer Forschung einerseits und bürgerschaftlicher Forschung andererseits gelingen kann. Es beleuchtet die Rollen universitärer, kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure im Bereich der Stadtgeschichte. Die Leitfrage ist, inwiefern das wissenschaftspolitische Konzept der Citizen Science neue Impulse für die Stadtgeschichtsforschung liefern kann. Denn schließlich ist die Stadtgeschichte ein Feld, auf dem interessierte Lai*innen und Wissenschaftler*innen schon lange neben- und zum Teil auch miteinander forschen. Citizen Science in der Stadtgeschichte kann deshalb an etablierte Konzepte etwa aus dem Bereich der Public History und Erinnerungskultur oder der Alltagsgeschichte anknüpfen. Sie kann auch auf bestehende Institutionen, wie Archive, Museen und Geschichtsvereine zurückgreifen, die vor Ort eine wichtige Plattform für den Austausch bieten. Das vorliegende Themenheft nimmt gegenwärtige Debatten um Citizen Science zum Anlass und regt dazu an, neu über das Verhältnis von akademischer und bürgerschaftlicher Stadtgeschichtsforschung nachzudenken.

Die in diesem Heft gesammelten Aufsätze gehen auf eine Reihe von Herausforderungen der Stadtgeschichtsforschung ein, die sich durch die Diskussion über Citizen Science neu stellen. Wer ist überhaupt an der Erforschung der Stadtgeschichte beteiligt und wie kann eine möglichst breite Partizipation hergestellt werden? Sebastian Haumann zeigt in seinem Beitrag, wie sich das Demokratisierungspotenzial bürgerschaftlicher Stadtgeschichtsforschung seit dem 19. Jahrhundert gewandelt hat. Aus der Perspektive der aktuellen Auseinandersetzung um die postkoloniale Stadt zeigt der Aufsatz von Tania Mancheno, dass die Beteiligung an der Erforschung lokaler Geschichte nach wie vor für soziale Ein- und Ausschlussprozesse relevant ist.

Daran schließt die Frage nach den institutionellen und finanziellen Rahmenbedingungen der Stadtgeschichtsforschung an. Eine Schlüsselrolle können hier kommunale Institutionen wie Museen oder Archive, aber auch Geschichtsvereine spielen, die eine entscheidende Vermittlerfunktion zwischen akademischer und bürgerschaftlicher Forschung übernehmen. Joachim Kemper stellt aus der Praxis des Stadtarchivs Aschaffenburg vor, wie eine kommunale Institution eine solche Vermittlerfunktion konkret ausfüllen kann. Als Auftraggeber größerer Forschungsprojekte, so zeigt der Beitrag von Joana Gelhart, Christoph Lorke und Tim Zumloh zur neuen Stadtgeschichte Gütersloh, erwarten Kommunen, dass Forscher*innen, zwischen verschiedensten gesellschaftlichen Interessen navigieren. Die im Themenheft vorgestellten Beispiele deuten an, dass bereits mittelgroße Kommunen einen erheblichen wissenschaftlichen und sozialen Mehrwert aus partizipativer Stadtgeschichtsforschung ziehen können, wenn sie dieses Feld langfristig pflegen.

www.difu.de/18546

Prof. Dr.
Christoph Bernhardt
christoph.bernhardt@
hu-berlin.de

Kommunen strukturieren ihre Beteiligungsaktivitäten

Warum sollte die Beteiligung von Bürger*innen in Kommunen strukturiert, systematisiert und verwaltungsübergreifend organisiert werden? Worin liegen die Vorteile und Grenzen? Antworten hierauf fanden 16 Städte gemeinsam mit dem Difu.

Bürger*innenbeteiligung ist weitaus mehr als die Summe einzelner Beteiligungsprojekte. Deshalb entwickeln immer mehr Städte übergreifende und integrierte Beteiligungsstrategien. Sie strukturieren und organisieren ihre Bürger*innenbeteiligung neu, um die Beteiligungsprojekte unter dem Dach einer kommunalen Beteiligungskultur zu bündeln. Das Fundament bilden in der Regel Leitlinien(-prozesse) der kommunalen Bürger*innenbeteiligung mit Bausteinen wie Koordinierungsstellen, Vorhabenlisten, Beteiligungsgremien, Initiativrechten und Beteiligungsplattformen. Noch fehlt jedoch ein systematischer Überblick über den Status-quo dieser Beteiligungsstrategien, ihre Umsetzung, ihre Stärken aber auch Schwächen. Gemeinsam mit 16 Städten hat das Difu diese Lücke geschlossen. Im Rahmen eines Forschungsprojekts wurde ausgelotet, wie das Modell einer strukturierten Beteiligung kommunal ausgestaltet werden könnte, was erreicht und wo die Grenzen liegen könnten. Deutlich wurde, wie viel Kommunen voneinander lernen können und welche Fragen bisher unbeantwortet bleiben. Die gemeinsamen Reflexionen über die vorliegenden Erfahrungen sowie die Diskussionen sind ebenso wie die vertiefte Analyse einzelner Bausteine einer strukturierten Beteiligung nun in einer Publikation zusammengefasst worden.

Deutlich wird vor allem eines: Für das übergreifende Konzept gibt es keinen einheitlichen Aufbau und auch keine für alle Städte und Gemeinden in gleicher Weise geltenden Konzepte und Vorgehensweisen. Dies ist aber auch nicht erforderlich. Identifiziert werden konnten vielmehr eine Reihe von Bausteinen einer strukturierenden Beteiligung, die Bürger*innenbeteiligung verbessern und weiterentwickeln.

Leitlinien können, so ein Ergebnis, den Informationsfluss und die Kommunikation verbessern, die Transparenz von Prozessen und die Verbindlichkeit der Beteiligung vergrößern und perspektivisch die kommunale Beteiligungskultur sowie die lokale Demokratie stärken. Leitlinien adressieren meist die Verwaltung und fördern die ämterübergreifende Zusammenarbeit, die Koordination von Arbeitsabläufen und das interne Projektmanagement. Ob Vorhabenlisten, die einen gesamtstädtischen Überblick zu städtischen Projekten und Beteiligungen geben, ob Beteiligungsplattformen, die als Informations- und Beteiligungstool fungieren – die neuen Beteiligungsinstrumente werden von den Beteiligten geschätzt. Gleichzeitig zeigen die Erfahrungen in den Städten, dass die Stadtgesellschaft bisher nicht zufriedenstellend erreicht werden kann und es weiterer Anstrengungen bedarf, die vielfältigen Bevölkerungsgruppen jeweils anzusprechen. Ob dies ein grundsätzliches Defizit von Top-down-Konzepten einer strukturierten Beteiligung ist und die starke Formalisierung den

Foto: Adobe Stock, MAGNIFIER

Anforderungen informeller Beteiligung eher widerspricht, wurde von den Beteiligten intensiv diskutiert. Wenn es gelingt, Struktur und Verbindlichkeit für die Verwaltung einerseits und Flexibilität für die Stadtgesellschaft andererseits zu verbinden – und beides durch verbindliche Spielregeln, definierte Kommunikationskanäle und Plattformen verknüpft wird –, wird die strukturierte Beteiligung zu einer unverzichtbaren Grundlage kommunaler Beteiligungskultur. Noch fehlt es jedoch an Evaluationen der Ziele, Mehrwerte und Wirkungen von Bürger*innenbeteiligung, um die damit verbundenen Lernprozesse stärker zu nutzen und die Beteiligungskultur weiterzuentwickeln. Gleichwohl gilt: Beteiligung, auch die strukturierte Beteiligung, kann nicht alles. Sie eröffnet neue Wege, sie führt zu kulturellen und institutionellen Erneuerungen, aber sie allein kann Demokratiedefizite nicht ausgleichen. Insbesondere gilt es, sensibel zu sein für die soziale Selektivität von Beteiligung.

www.difu.de/18576
www.difu.de/17192

Dr. rer. pol.
Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

Dr. Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de

Effiziente Organisationsmodelle für Smart Cities

Traditionelle kommunale Verwaltungsstrukturen reichen oft nicht aus, um die komplexen Anforderungen von Smart-City-Vorhaben zu erfüllen. Eine neue Arbeitshilfe zeigt, wie Kommunen effiziente Organisationsmodelle für ihre digitale Stadt entwickeln können.

Die digitale Transformation der Städte ist eine Querschnittsaufgabe, die verschiedene Ressorts innerhalb der kommunalen Verwaltung zusammenbringen muss. Meist geht es weniger um technisch-digitale Lösungen, sondern um das smarte Zusammenwirken bisher getrennt agierender Akteure. Aber wie kann das gelingen? Wie kann man Organisationsformen entwickeln, die vernetzend, agil und effizient die Smart City realisieren helfen?

Ein Forschungsteam des Difu hat eine neue Arbeitshilfe entwickelt, die sich besonders an diejenigen richtet, die in Kommunen die strategische Koordination von Smart-City-Projekten verantworten und zielführende Strukturen, Arbeitswege und Austauschformate aufbauen. Sie basiert auf der Analyse bestehender Organisationsmodelle deutscher Kommunen und verdeutlicht, was ein effizientes Management von Smart-City-Projekten ausmacht und worauf es bei der Entwicklung wirkungsvoller Organisationsmodelle ankommt.

Die im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung entstandene Arbeitshilfe gibt einen detaillierten Einblick in verwaltungsinterne Strukturen und verschiedene funktionale Organisationsebenen, die das Miteinander der Organisationseinheiten in Vorhaben ermöglichen. Sie zeigt, dass Kommunen Smart-City-Projekte nur über das Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen realisieren können: Die politisch-strategische Ebene – etwa Gemeinderat, Stadtrat, Ausschuss oder Lenkungskreis – ist für Grundsatzentscheidungen und die politische Legitimation verantwortlich. Auf der koordinierenden Ebene geht es meist um die Strukturierung und Leitung, wofür oft eine Stabsstelle oder ein Amt verantwortlich ist. Auf der Umsetzungsebene – zum Beispiel in einem Fachamt, einer Digitalagentur oder einer Projektgruppe – werden entsprechende Maßnahmen geplant und umgesetzt. Die Beiratsebene kommt ergänzend hinzu: Smart-City-, Digitalisierungs- oder Fachbeiräte haben die Aufgabe, den Prozess durch externe Impulse zu bereichern und die Verbindung zum allgemeinen Smart-City-Diskurs sicherzustellen. Unbestritten ist, dass vor allem der Koordinierungsebene in den Kommunen eine besondere Rolle zukommt. Smart-City-Teams und -Büros – als Stabsstelle, Amt oder Digitalisierungsgesellschaft – sind entscheidend, um den Smart-City-Prozess der Stadt, der Gemeinde oder des Landkreises voranzutreiben. Sie tragen insbesondere die Verantwortung dafür, die digitale Transformation vor Ort zu gestalten. Dies gilt es bei der Wahl ihrer Organisationsform, ihrer Handlungsmöglichkeiten und der Rolle und Besetzung ihrer Leitungsfunktion zu berücksichtigen.

Foto: Adobe Stock, Summit Art Creations

Dabei ist Smart City nicht nur ein Privileg größerer Städte, sondern muss auch bei kleinen Gemeinden greifen. Gestärkt werden muss der kooperative Gedanke einer smarten Region. Es gilt, eine Vertrauenskultur der interkommunalen Zusammenarbeit aufzubauen, Spielregeln der Zusammenarbeit zu entwickeln und einen Taktgeber zu etablieren. So können regionale Initiativen gestartet werden. Hierfür können die in der Handreichung aufgezeigten Organisationsmodelle für die interkommunale Zusammenarbeit genutzt werden, um gemeinsam getragene Lösungen umzusetzen. Beispiele sind der Verbund „5 für Südwestfalen“ oder der Landkreis Mayen-Koblenz im Rahmen der Modellprojekte Smart Cities.

Anhand der Analyse der Organisationsmodelle in Smart-City-Vorhaben konnten erfolgsfördernde Prinzipien abgeleitet werden: Zehn Botschaften erleichtern den Weg zu lokal passenden Organisationsmodellen und fassen Learnings von Vorreiterkommunen zusammen. Sie bieten unabhängig von Größe und Stand der eigenen Entwicklung wertvolle Impulse für weitere Schritte zu tragfähigen Strukturen für Smart Cities in Deutschland.

www.difu.de/18579

Dipl.-Ing. Jan Abt
+49 30 39001-206
abt@difu.de

Theresa Hohmann, M.A.
+49 30 39001-278
hohmann@difu.de

Die Rolle von Sustainable Finance für Kommunen in Deutschland

In einem Sondergutachten im Rahmen des KfW-Kommunalpanels widmet sich das Difu anhand qualitativer Interviews der Relevanz von „Sustainable Finance“ für Kommunen. Im Ergebnis zeigt sich, dass es an konkreter Umsetzungserfahrung vielfach noch mangelt.

Mit dem „KfW-Kommunalpanel“ führt das Deutsche Institut für Urbanistik seit dem Jahr 2009 jährlich eine große Kämmereibefragung unter deutschen Kommunen mit mehr als 2.000 Einwohner*innen durch. Auftraggeberin ist die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Neben einem Kernbestand an festen Fragen zur finanziellen Situation, zur Infrastruktur und zur Finanzierung der Kommunen setzt die Befragung auf einen jährlich thematisch wechselnden Sonderteil. Darüber hinaus werden die Kämmereien regelmäßig mit inhaltlich variierenden unterjährigen Ad-hoc-Befragungen adressiert. Damit diese handlungsleitenden Publikationen auf möglichst validen Themen und Fragen basieren, werden immer wieder vorgelagerte Sondergutachten erstellt. Auch das Sondergutachten „Die Rolle von Sustainable Finance in deutschen Kommunen“ dient diesem Zweck. Darüber hinaus liefert es ein erstes qualitatives Bild davon, wie das Thema in den Kämmereien deutscher Städte und Landkreise behandelt wird.

Foto: Adobe Stock, William W. Potter

Mit Blick auf die Finanzierung der Transformation kommunaler Infrastruktur, die durch die gegenwärtigen Umweltveränderungen zunehmend an Brisanz gewinnt, wird das Thema „Sustainable Finance“ seit wenigen Jahren auch in der kommunalen Landschaft diskutiert. Zudem gibt es mittlerweile erste Nutzungsbeispiele von Finanzierungswerkzeugen der Sustainable Finance auf kommunaler Ebene. Während Städte wie Münster, Hannover und München in den vergangenen Jahren mit Erfolg „Green Bonds“ bzw. grüne Schuldscheine platziert haben, bietet mit der NRW-Bank auch eine erste deutsche Bank einen „grünen Kommunalkredit“ zu günstigeren Konditionen an. Ziel des Sondergutachtens ist es, ein erstes Bild von der tatsächlichen Relevanz bzw. Verbreitung von Sustainable Finance für Kommunen zu erhalten und darüber hinaus Informationen zum Wissensstand in den Kämmereien zu sammeln. Dafür wurden im Frühjahr 2024 qualitative Interviews mit großen deutschen Kommunen durchgeführt.

Im Ergebnis zeigt sich, dass die interviewten Finanzverantwortlichen in den Kommunen das Thema Sustainable Finance analog zum gängigen Verständnis einordnen und der Ansicht sind, dass es künftig an Relevanz gewinnen wird. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass Sustainable Finance in aller Regel nur theoretisch bekannt ist und diskutiert wird. Bis auf eine kleine Zahl an Vorreitern verfügen selbst große Städte in Deutschland ganz überwiegend über keine Anwendungserfahrungen. Daraus lässt sich ableiten, dass Sustainable Finance für mittlere und kleine Städte und damit für die meisten Kommunen in Deutschland derzeit (noch) kein Thema von praktischer Relevanz ist.

Gleichzeitig genießt Sustainable Finance derzeit eine hohe Relevanz in der allgemeinen und überregional geführten Diskussion über Lage und Zukunft der Kommunalfinanzen. Aus diesem Grund wird in dem Gutachten ein Konzept entwickelt, über das mit einer Reihe von Fragen, die in der Regel nicht unmittelbar mit Sustainable Finance zusammenhängen, die Sustainable-Finance-Fähigkeit von Kommunen abgeleitet werden kann. Über die Antworten darauf dürften sich für die künftige Fachdiskussion wichtige Schlüsse hinsichtlich des Handlungsbedarfs in der kommunalen Landschaft ziehen lassen. Denn selbst wenn sich für Kommunen weder aus der aktuellen EU-Regulatorik noch aus den herkömmlichen Finanzierungskosten ein Nutzungsdruck ergibt, so dürfte sich dieser mittelbar einstellen. Angesichts der enormen Investitionsbedarfe, die mit der sozial-ökologischen Transformation einhergehen, wird der Weg an der stärkeren Nutzung von privatem Kapital künftig nicht vorbeiführen.

www.difu.de/18681

Dr. Christian Raffer
+49 30 39001-198
raffer@difu.de

Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Mit einer Bestandsaufnahme und Schlussfolgerungen beteiligte sich das Difu am Konsultationsprozess der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

Seit der Verabschiedung der Agenda 2030 durch die Vereinten Nationen im Jahr 2015 und der darauf aufsetzenden Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie in den Jahren 2016 und 2021 haben Bund, Länder und Kommunen eine Vielzahl an Maßnahmen initiiert und implementiert, um die Erreichung der SDGs voranzutreiben. Trotzdem fiel die Halbzeitbilanz, die das Difu im Jahr 2023 mit der Bertelsmann Stiftung vorgelegt hat – zumindest für die Kommunen – durchwachsen aus. Die konsequente Umsetzung einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung wird offenbar weniger durch Erkenntnisdefizite als vielmehr durch (politische) Interessenkonflikte und Umsetzungshürden verlangsamt. Allerdings: Maßnahmen zur Umsetzung der sozial-ökologischen Transformationen sind auf politisches Aushandeln, Kompromisse und ein notwendiges Maß an gesellschaftlicher Akzeptanz angewiesen.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und die Bertelsmann Stiftung haben sich nun gemeinsam mit einer Bestandsaufnahme sowie Schlussfolgerungen am Konsultationsprozess der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie beteiligt. Die Bestandsaufnahme liefert dabei einen komprimierten Querschnitt an Themen, Maßnahmen und Vorschlägen, die seit 2016 mit Blick auf die besonderen Betroffenheiten der Kommunen zur Umsetzung des Nachhaltigkeitsprinzips in unterschiedlichen Transformationsbereichen vorgelegt wurden. Dazu wurde eine Auswertung von Positions- und Forderungspapieren, Stellungnahmen und Beschlüssen sowie wissenschaftlichen Studien verschiedener Nachhaltigkeitsstakeholder vorgenommen, die Fragen der Agenda 2030, der SDGs sowie der nachhaltigen Entwicklung in Kommunen adressieren. Die Bestandsaufnahme wurde auf der Kommunalkonferenz „Nachhaltigkeit braucht starke Kommunen!“ diskutiert, die am 4. Juni 2024 unter der Teilnahme der Staatsministerin für nachhaltige Entwicklung beim Bundeskanzler, Sarah Ryglewski, stattgefunden hat.

Zu den Schlussfolgerungen des gemeinsamen Papiers von Difu und Bertelsmann Stiftung zählt beispielsweise die Empfehlung an die Bundesregierung, die Einführung einer Pflichtaufgabe „Kommunaler Klimaschutz“ oder alternativ eine neue „Gemeinschaftsaufgabe Kommunaler Klimaschutz“ zu prüfen. Wünschenswert wäre auch, wenn in die neue Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ein klares Bekenntnis zur Förderung von dezentralen und genossenschaftlichen Formen der Energieerzeugung unter Beteiligung der Bürger*innen Eingang fände – genauso wie das Thema nachhaltige Beschaffung oder die Förderung von Modellen der Sharing-Economy. Auch der Aufbau einer „Ressourcenagentur“ in Gestalt einer digitalen Plattform könnte einen Beitrag zur Forcierung von Formen der Kreislaufwirtschaft leisten.

Foto: Adobe Stock, Kara

Da Nachhaltigkeit ein gesamtgesellschaftliches Thema darstellt, muss sich auch die Governance dieser Fragen durch eine ebenen- und sektorenübergreifende Koordination auszeichnen. In der neuen Fassung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sollte dieses Grundprinzip der Nachhaltigkeitsgovernance fest verankert werden. Wünschenswert wäre hierzu der Aufbau eines institutionalisierten Dialogs zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Auch die Wiederbelebung des „Interministeriellen Arbeitskreises ‚Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive‘ (IMA Stadt)“ wäre denkbar. Um die zentrale Rolle der Kommunen in der (ebenenübergreifenden) Nachhaltigkeitsgovernance zu stärken, wäre zudem die Einrichtung eines institutionell geförderten Kompetenzzentrums Kommunale Nachhaltigkeit auf Bundesebene denkbar.

Die Bestandsaufnahme sowie die Empfehlungen von Difu und Bertelsmann Stiftung liegen als Online-Veröffentlichung vor.

www.difu.de/18538

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Valeska Liedloff, M.A.
+49 30 39001-200
liedloff@difu.de

Superblocks – Instrument zur nachhaltigen Transformation

Über eine veränderte Mobilität in den Städten, die den Menschen und nicht das Auto in den Mittelpunkt rückt, wird viel geredet – und auch gestritten. Die Ergebnisse des Forschungsprojektes TuneOurBlock zeigen Wege für eine erfolgreiche Umsetzung.

In den letzten Jahren hat das Konzept der Superblocks aus Barcelona viel Aufmerksamkeit erhalten. Auf dem Schachbrett-Grundriss der katalanischen Hauptstadt wurden jeweils mehrere Wohnblöcke zu einem „Superblock" zusammengefasst. Die Straßen innerhalb des Gebiets wurden zu Gunsten des Fuß- und Radverkehrs sowie für mehr Aufenthaltsqualität für Jung und Alt umgestaltet. Motorisierte Fahrzeuge können weiter einfahren, liefern und laden, jedoch nur noch eingeschränkt parken und vor allem nicht mehr – und das ist ein wichtiger Unterschied – den Superblock durchfahren.

Foto: Johanna Klauck

Aber ist dieses Konzept auch auf andere Städte übertragbar? Wie kann es angepasst werden? Erzielen die Maßnahmen die erwünschte Wirkung? Und wie gelingt es, einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu organisieren? Diesen Fragen ist das dreijährige Forschungsprojekt TuneOurBlock nachgegangen und hat insbesondere verschiedene Umsetzungspfade in den Hauptstädten Berlin und Wien analysiert. Die vom Deutschen Institut für Urbanistik veröffentlichte Broschüre bietet einen Überblick zu vergleichbaren Projekten in europäischen Städten und liefert Handlungsempfehlungen für deutsche Kommunen.

Ein zentrales Ergebnis: Superblockkonzepte sind sehr vielseitig.

- So zum Beispiel hinsichtlich der Impulsgeber: Während in Barcelona und Wien die Kommunalpolitik und -verwaltung Superblock-Projekte als Antwort auf verschiedene städtische Probleme auf den Weg bringen, kommt in deutschen Städten der erste Impuls häufig aus der Zivilgesellschaft. Beide Strategien haben Vor- und Nachtteile.

- Superblocks funktionieren auch, wenn das Straßennetz nicht rechtwinklig organisiert ist wie in Barcelona. Ein einzelner Superblock macht jedoch noch keine Verkehrswende. Ihr eigentliches Potenzial entfalten sie erst, wenn sie als ein Teil einer gesamtstädtischen Transformation verstanden werden. Erst ein Mosaik mehrerer Superblocks kann dazu führen, dass aktive Verkehrsmodi attraktiver werden, mehr Grünflächen Aufenthalt und Begegnung ermöglichen sowie Extremwetterereignisse besser abfedern.

- Je weniger Superblocks als einzelne (temporäre) Maßnahme umgesetzt werden und je eher sie als umfassende urbane Transformation verstanden werden, desto lauter die Kritik. Kommunalpolitiker*innen, die Kurs halten, geben der Verwaltung Rückendeckung, schaffen in der Bevölkerung Vertrauen. Im Projekt wurden darüber hinaus weitere Strategien identifiziert, die dabei helfen, die Argumente der Gegner solcher Verkehrsberuhigungsmaßnahmen zu entkräften.

An TuneOurBlock waren Forschungspartner aus Deutschland, Österreich und Slowenien beteiligt. Ein europäisches Städtenetzwerk kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure reflektierte die (Zwischen-)Ergebnisse. An dem Netzwerk beteiligten sich Vertreter*innen aus Amsterdam, Barcelona, Brüssel, Gent, London, Lodz, Ljubljana und Rotterdam. Das Projekt wurde von der EU und nationalen Institutionen gefördert, in Deutschland vom Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

Die Ergebnisse von TuneOurBlock fließen in weitere Forschungsprojekte wie beispielsweise in das vom BBSR geförderte Vorhaben zur 15-Minuten-Stadt ein.

www.difu.de/18569
www.difu.de/17972

Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Kommunale Radverkehrsförderung beschleunigen

Welche Hemmnisse es bei der Radverkehrsförderung in Kommunen gibt und wie sie aus dem Weg geräumt werden, beschreibt eine neue Broschüre, die das Difu im Auftrag des BMBF-Forschungsprojekts KoRa gemeinsam mit Kommunen entwickelt hat.

In einem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Programms „MobilitätsZukunftsLabor 2050“ geförderten Projekt ging es um die Lokalisierung und Beseitigung von Hürden in der Radverkehrsförderung.

Auf der Grundlage einer vertieften Prozessanalyse und -begleitung in den drei Modellkommunen Aachen, München und Potsdam wurden Handlungsempfehlungen für eine schnelle und erfolgreiche Radverkehrsförderung erarbeitet. Ein Städtenetzwerk aus 14 Städten und einer Region unterstützte das Projekt, indem es fachlichen Input lieferte und als Plattform für den Austausch von Erfahrungen und zur Diskussion von Lösungsmöglichkeiten fungierte. Forschungspartner des Difu waren das Stein-Hardenberg-Institut aus Berlin und experience consulting aus München.

Die Empfehlungen sind in drei Handlungsfelder untergliedert und richten sich vorrangig an Kommunalverwaltungen: Strategische Ziele und integrative Arbeitsabläufe, eine neue Kultur der Zusammenarbeit sowie der Umgang mit Stakeholdern und der Zivilgesellschaft.

Im ersten Handlungsfeld werden Vorgehensweisen zur Optimierung von Arbeitsabläufen und Zuständigkeiten vorgestellt. Es wird beispielsweise empfohlen, die Dienststellen für die Radverkehrsförderung unter einem Dach unterzubringen, die Aufgabenverteilung auf den Prüfstand zu stellen und die bereichsübergreifende Zusammenarbeit systematisch zu fördern. Voraussetzung dafür sind Ressourcen, die sowohl die Verwaltungsspitze als auch die Kommunalpolitik bereitstellen müssen.

Das zweite Handlungsfeld umfasst Hinweise zur internen Zusammenarbeit: Wie Gelegenheiten für den informellen Austausch und zum Erfahrungsaustausch geschaffen werden und eine positive Fehlerkultur etabliert werden können.

Die Einbindung der Zivilgesellschaft sowie anderer Akteursgruppen kann vor allem durch zielgerichtete Kommunikation und Transparenz gelingen: Dem ‚Gegenwind‘ aus Initiativen kann mit geeigneten Informations- und Kommunikationsformaten begegnet werden, die anhand von Faktenwissen stichhaltige Argumente liefern und damit ‚Rückenwind‘ für die Radverkehrsförderung erzeugen.

Nicht alle Empfehlungen passen für alle Kommunen und Akteure gleichermaßen. Jedoch sind Initiative und ein aktives Change Management zentral für eine effektive Radverkehrsplanung. Im Rahmen des Projekts wurde ein Online-Tool entwickelt – der Quick-Check zur kommunalen Radverkehrsförderung. Dieses Tool hilft dabei, individuelle Handlungsempfehlungen für einzelne Kommunen abzuleiten. Gute Beispiele für erfolgreiche kommunale Radverkehrsförderung wurden auch visuell anschaulich aufbereitet. Video-Clips mit guten Beispielen der Städte Frankfurt/Main, Hannover und Hamburg sind online zu finden.

Foto: Adobe Stock, Michele Ursi

Aufbauend auf der systematischen Hemmnisanalyse des KoRa-Projekts werden im NRVP-Projekt „AcceleRad – Accelerator-Programm für kommunale Radverkehrsplanung“ in den nächsten Jahren konkrete Optimierungspotenziale für die Arbeit in den Kommunalverwaltungen weiterentwickelt. Darüber hinaus fließen die Ergebnisse von KoRA in das BMBF-Folgeprojekt „RegioProzess: Die Regionale Verkehrswende beschleunigen – Digitale Planungstools, schnellere Verwaltungsprozesse und Change Management für eine effektive Umsetzung von Maßnahmen“.

www.difu.de/18723
www.difu.de/kora

Dipl.-Geogr.
Martina Hertel
+49 30 39001-105
hertel@difu.de

Schwammstadt

Begriffe aus der kommunalen Szene, einfach erklärt.

Der Begriff der „Schwammstadt“ bezeichnet in der Stadtplanung ein Konzept, bei dem Regenwasser möglichst nicht einfach über die Kanalisation in Kläranlagen abgeleitet, sondern zwischengespeichert wird, vor Ort versickert, oder verdunstet. Eine Schwammstadt ist also eine Stadt, die Wasser „wie ein Schwamm“ aufnehmen kann, wenn viel da ist und zeitverzögert wieder abgeben kann, wenn es benötigt wird.

Bei Starkregen ist es oft nicht möglich, das gesamte Regenwasser über die Kanalisation aufzunehmen und abzuleiten. Da viele Städte dicht bebaut und stark versiegelt sind, läuft das Wasser dann unkontrolliert an der Oberfläche ab, und es können lokale Überflutungen entstehen. Gleichzeitig kommt es immer häufiger zu langen Hitze- und Dürrephasen, dann fehlt wiederum Wasser – zum Beispiel zur Bewässerung von Stadtbäumen.

„Eine Schwammstadt reduziert das Überflutungsrisiko und Überlastungen des Kanalnetzes. Gleichzeitig wirkt sie gegen Wasserarmut und ist gut für das Mikroklima und die Biodiversität.“

Mit vielen verschiedenen Maßnahmen kann der städtische Wasserkreislauf wieder einem natürlichen Wasserkreislauf angenähert werden. Dazu gehören Entsiegelung und die Schaffung von „blau-grüner Infrastruktur“: Grünflächen, straßenbegleitende Tiefbeete, Dach- und Fassadenbegrünung, die Installation von Rückhaltebecken, Versickerungsanlagen oder offene Wasserflächen.

Die Summe der dezentralen Maßnahmen reduziert bei Starkregen das Risiko von Überflutungen und einer Überlastung des Kanalnetzes. Sie trägt zudem zur Grundwasserneubildung durch Versickerung bei und hat positive Auswirkungen auf das Mikroklima und die Biodiversität.

Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

Radverkehr und Verkehrswende
Eine Geschichte von Gegenwind und Rückenwind
Tilman Bracher
2021, Bd. 19, 168 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos, Print 34 €, Download kostenlos
ISBN 978-3-88118-680-3
www.difu.de/16867

So geht's
Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen
Uta Bauer (Hrsg.)
2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, zahlreiche Abb. und Fotos, Print 39 €, Download kostenlos
ISBN 978-3-88118-643-8
www.difu.de/12984

Vielfalt gestalten
Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten
Bettina Reimann u.a. (Hrsg.)
2018, Bd. 17, 364 S., kostenlos
ISBN 978-3-88118-618-6
www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten
Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume
Martina Winker und Jan Hendrik Trapp (Hrsg.), 2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, Print 39 €, Download kostenlos
ISBN 978-3-88118-584-4
www.difu.de/11299

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung
Praxiserfahrungen aus acht Kommunen
Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 312 S., vierfarbig, zahlreiche Abb., Print 39 €, Download kostenlos
ISBN 978-3-88118-579-0
www.difu.de/11026

Sicherheit in der Stadt
Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen
Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S., zahlreiche Abbildungen, Print 39 €, Download kostenlos
ISBN 978-3-88118-534-9
www.difu.de/9850

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch
Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage. Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013
A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., Print 39 €, Download kostenlos
ISBN 978-3-88118-508-0
www.difu.de/9002

Difu Arbeitshilfen

Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen
3., grundlegend überarbeitete Auflage unter Berücksichtigung des Baulandmobilisierungsgesetzes – Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung
M.-L. Wallraven-Lindl und A. Uhmann
2022, 224 S., 39 €
ISBN 978-3-88118-682-7, eBook 33,99 €
www.difu.de/17149

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch
3. Auflage, A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, Print 29 €
ISBN 978-3-88118-526-4
www.difu.de/9055

Difu Impulse

Die Rolle von Sustainable Finance in deutschen Kommunen NEU
Sondergutachten im Rahmen des KfW-Kommunalpanels
Christian Raffer
Bd. 7/2024, 34 S., nur online
www.difu.de/18681

Planspiel zur BauGB-Novelle 2023/2024 NEU
Endbericht
Arno Bunzel, Diana Coulmas, Franciska Frölich von Bodelschwingh, Magnus Krusenotto, Petra Lau, Wolf-Christian Strauss
Bd. 6/2024, 126 S., nur online
www.difu.de/18676

Der Weg zu Fuß zur Haltestelle – ein blinder Fleck in der Mobilitätsforschung? NEU
H. Hillnhütter unter Mitarbeit von U. Bauer und J.-P. Mesenbrock
Bd. 5/2024, 16 S., nur online
www.difu.de/18680

Kommunen strukturieren Beteiligung: Bausteine, Erfahrungen, Perspektiven NEU
Stephanie Bock, Bettina Reimann
Bd. 4/2024, 139 S., nur online
www.difu.de/18576

Ist das noch Krise oder schon Transformation? NEU
Kommunale Transformationsprozesse im Kontext der Pandemiebewältigung
J.-H. Trapp, F. Frölich v. Bodelschwingh, B. Hollbach-Grömig, M. Neurohr, R. Pätzold, S. Wagner-Endres
Bd. 3/2024, 164 S., nur online
www.difu.de/18581

Aktuelle Herausforderungen und Sozialraumorientiertes Arbeiten im Jugendamt – Ergebnisse einer Befragung aller Jugendämter in Deutschland im Juli 2023
Projekt Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis. Inklusionsgerechte Kommune – Gestaltungsperspektiven im Rahmen des KJSG“
B. Hollbach-Grömig, K. Landua, T. Franke, F. Frölich v. Bodelschwingh
Bd. 2/2024, 27 S., nur online
www.difu.de/18385

Stromnetzausbau: Kommunen als „Dialogbrücken“
Zwischen nationaler Planung und lokalem Protest
Stephanie Bock, Franciska Frölich v. Bodelschwingh, Bettina Reimann u.a.
Bd. 1/2024, 165 S., nur online
www.difu.de/18259

Investitionsbedarfe für ein nachhaltiges Verkehrssystem
Schwerpunkt kommunale Netze
Wulf-Holger Arndt, Stefan Schneider
Bd. 7/2023, 106 S., nur online
www.difu.de/18037

Difu Policy Papers

Sustainable Finance für Kommunen
Themenfelder, Berührungspunkte und Zielkonflikte
H. Scheller, C. Raffer, F. von Zahn, O. Peters
Bd. 3/2023, 29 S., nur online
www.difu.de/18058

Verkehrsberuhigung: Entlastung statt Kollaps!
Maßnahmen und ihre Wirkungen in deutschen und europäischen Städten
Uta Bauer, Sonja Bettge, Thomas Stein
Bd. 2/2023, 15 S., nur online
www.difu.de/17996

Die Flächennutzungsplanung fit machen für die Innenentwicklung
Arno Bunzel, Franciska Frölich v. Bodelschwingh, Magnus Krusenotto
Bd. 1/2023, 22 S., nur online
www.difu.de/17845

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

www.difu.de/publikationen

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,
Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 39001-275, Mail: vertrieb@difu.de

Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos.

Sonderveröffentlichungen

#Klimahacks – Klimagerechte Mobilität im Quartier NEU
Marco Peters, Björn Weber
2024, 8 S. nur online
www.difu.de/18658

Hohe kommunale Investitionsbedarfe in öffentlichen Verwaltungsgebäuden NEU
S. Brand, C. Raffer, J. Salzgeber, H. Scheller (Hrsg. KfW Bankengruppe)
2024, 5 S., nur online
www.difu.de/18585

Organisation und Management in smarten Städten und Regionen NEU
Kommunale Arbeitshilfe zu verwaltungsbezogenen Modellen für das Management von Smart-City-Vorhaben
J. Abt, T. Hohmann, L. Dreier (Hrsg. BBSR)
2024, 70 S., online, Bestellungen Print: publikationen.bbsr@bbr.bund.de
www.difu.de/18579

Superblocks – zwischen Verkehrsberuhigung und nachhaltiger Transformation des öffentlichen Raumes NEU
Ergebnisse des Forschungsprojekts TuneOurBlock
Uta Bauer, Lisa Ruhrort u.a. (Hrsg. Difu)
2024, 48 S., nur online
www.difu.de/18569

Orientierungswerte für öffentliches Grün NEU
Kurzfassung des Forschungsberichts Stadtnatur erfassen, schützen und entwickeln
C. Böhme, L. Willen u.a. (Hrsg. BfN)
2024, 18 S., nur online
www.difu.de/18568

#Klimahacks – Mach dein Projekt: Zirkuläres Bauen NEU
Mascha Overath, Ulrike Vorwerk
2024, 8 S., nur online
www.difu.de/18547

Die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie aus kommunaler Sicht NEU
Bestandsaufnahme und Schlussfolgerungen
V. Liedloff, H. Scheller, O. Peters u.a. (Hrsg. Bertelsmann Stiftung)
2024, 48 S., nur online
www.difu.de/18538

Region ist Solidarität NEU
Gerechter Ausgleich von Lasten und Nutzen im interkommunalen Dialog. Abschlussbericht
S. Bock, D. Michalski, R. Pätzold, U. Bauer u.a.
2024, 24 S., nur online
www.difu.de/17534

Stadtstruktur, Wohnstandortwahl und Alltagsmobilität
Neue Befunde für die Stadt- und Verkehrsentwicklung
Projektteam STAWAL, Uta Bauer u.a.
2024, 56 S., nur online
www.difu.de/18477

Hilfestellung zur Interpretation der kommunalen Treibhausgasbilanz für das Jahr 2021
P. Wachter, N. Rogge, Agentur für kommunalen Klimaschutz (Hrsg.)
2024, 6 S., nur online
www.difu.de/18499

BISKO Bilanzierungs-Systematik Kommunal
Methoden und Daten für die kommunale Treibhausgasbilanzierung für den Energie- und Verkehrssektor in Deutschland. Methodenpapier, Agentur für kommunalen Klimaschutz (Hrsg.)
2024, 29 S., nur online
www.difu.de/18502

#Klimahacks – Klimaschutz-Monitoring für eine treibhausgasneutrale Kommune
Marco Peters, Paul Ratz
2024, 8 S., nur online
www.difu.de/18475

Räumliche Wirkungen von Smart-City-Maßnahmen
Ansätze und Methoden zu deren Messung
Jan Abt, Dimitri Ravin, BBSR (Hrsg.)
2024, 52 S.
www.difu.de/18473

KfW-Kommunalpanel 2024
C. Raffer, H. Scheller, KfW Bankengruppe (Hrsg.)
2024, 48 S., nur online
www.difu.de/18468

Innenstadt (be)leben!
Modellvorhaben in der Pilotphase der Kleinstadtakademie
E. Bojarra-Becker, B. Hollbach-Grömig u.a., BBSR (Hrsg.)
2024, 39 S., nur online
www.difu.de/18438

OB-Barometer 2024
Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Carsten Kühl, Beate Hollbach-Grömig
2024, 4 S.
www.difu.de/18428

KOMMUNEN INNOVATIV und REGION. innovativ – Kreislaufwirtschaft
Innovative Wege zur Transformation von Kommunen in strukturschwachen Regionen
S. Bock, W.-C. Strauss, L. Blecken, K. Fahrenkrug, DStGB (Hrsg.), Difu (Hrsg.)
2024, 52 S.
www.difu.de/18420

Neue Ideen und Ansätze für die Regionale Kulturarbeit
Teil 2: Vernetzen und Mitgestalten
TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel (Hrsg.)
2024, 73 S., nur online
www.difu.de/18418

Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz
Machbarkeitsstudie
Carsten Kühl, Henrik Scheller, Klima-Allianz Deutschland e.V. (Auftraggeber)
2024, 42 S., nur online
www.difu.de/18406

Urbane Umweltziele: Handlungsfelder, Zielgrößen und Maßnahmenvorschläge für einen umfassenden urbanen Umweltschutz
J. H. Trapp u.a., Umweltbundesamt (Hrsg.)
2024, 272 S., nur online
www.difu.de/18400

Lebenswerte Städte und Regionen
Kommunaler Leitfaden für eine integrierte Stadtentwicklung und Mobilitätsplanung
Elke Bojarra-Becker u.a.
2024, 56 S., nur online
www.difu.de/18344

Bund/ Länder-Dialog Fläche – ein Zwischenfazit
Zwischenbericht
Thomas Preuß, Stephanie Bock, Robert Böhnke, Doris Reichel u.a., UBA (Hrsg.)
2024, 47 S., nur online
www.difu.de/18314

Transformation regionaler Infrastrukturen für einen sozial-ökologischen Strukturwandel
Konzeptionelle Ansätze des Strukturwandels und Herausforderungen für sozial-ökologische Transformationen in den drei Braunkohlerevieren
Jan H. Trapp, R. Riechel u.a. UBA (Hrsg.)
2024, 42 S., nur online
www.difu.de/18300

Praxisleitfaden: Klimaschutz in Kommunen
4., aktualisierte Auflage,
Agentur für Kommunalen Klimaschutz, Difu (Hrsg.)
2023, 344 S., ISBN 978-3-88118-683-4
www.difu.de/17826

Zeitschrift

Citizen Science. Akademische und bürgerschaftliche Stadtgeschichtsforschung
Moderne Stadtgeschichte
MSG, Heft 1/2024, 178 S., kostenlos, nur online
www.difu.de/18546

Foto: Marcus Sielaff

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Kommunen, Verbände und Planungsgemeinschaften

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte, aktuelle Kenntnisse in allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungs- und Fortbildungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, bildet fort, moderiert den wichtigen kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet vielfältige Serviceleistungen an.

Zentrale Kooperationspartner des Difu sind daher seine Partnerkommunen, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Mit ihnen kooperiert das Institut besonders eng und wird durch jährliche Zuwendungen unterstützt. Diese enge Kooperation sorgt auch dafür, dass sich die Difu-Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Difu-Zuwenderkommunen und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.
www.difu.de/12807

Fortbildung

Vor Ort in der Kommune, online oder am Berliner Standort – die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. Für Fortbildungen lohnt sich die Zuwenderschaft besonders: Zuwender bezahlen stark reduzierte Beiträge. Das Institut hat sein Online-Fortbildungsangebot zudem deutlich ausgeweitet: Für Zuwender bietet das Difu exklusiv und kostenfrei Online-Impulsvorträge mit anschließendem Austausch/Diskussion vom Difu moderiert. Darüber hinaus sind alle eintägigen Difu-WebSeminare für Difu-Zuwender kostenfrei.
www.difu.de/17143
www.difu.de/12805

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Das Difu bietet regelmäßigen Austausch an – teilweise exklusiv für Zuwender. Zum Beispiel beim Jahrestreffen in Berlin.
www.difu.de/programm

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwender werden vom Difu als Fallstudienstädte im Rahmen von Studien bevorzugt ausgewählt. Auch im Fall von Kostenbeteiligungen an Studien sind diese für Zuwender teils günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren damit unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand – zugeschnitten auf die eigene Stadt.
www.difu.de/projekte

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet – auch aus dem Homeoffice

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwender zur Verfügung: Berichte über Difu-Fortbildungen, „Virtuelle" Tagungsmappen, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Auch aus dem Homeoffice ist der Zugang für Zuwenderstädte möglich (Verwaltungsmitarbeitende und Ratsmitglieder senden hierzu eine Passwort-Anfrage an das Difu: s. zweiter Link).
www.difu.de/extranet
www.difu.de/6334

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwender erhalten sämtliche Difu-Publikationen kostenfrei. Das Difu bietet nahezu alle Publikationen auch digital an. PDFs können direkt im Inter- oder Extranet heruntergeladen werden.
www.difu.de/publikationen

Zugang in die Difu-Literaturdatenbank

Die Online-Recherche in der Difu-Literaturdatenbank ist kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu kommunal relevanter Literatur. Dieses Repository ist der Publikationsserver des Difu. Es enthält eine Vielzahl von Quellen, überwiegend im Volltext. Alle Difu-Publikationen werden hier erfasst.
https://repository.difu.de

Ausführlichere Infos über Vorteile für Zuwender und Beitrittsmöglichkeiten bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

www.difu.de/12914
+49 30 39001-208

Sybille Wenke-Thiem
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Difu-Zuwenderschaft
+49 30 39001-209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol.
Patrick Diekelmann
Publikationen
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Dipl.-Geogr.
Ulrike Wolf
Wissensmanagement und Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von
Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) gGmbH
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
www.difu.de
Geschäftsführung: Prof. Dr. Carsten Kühl, Dipl.-Geogr. Luise Adrian
Gesellschafter: Verein für Kommunalwissenschaften e.V.
Amtsgericht Charlottenburg, HRB 114959 B
Umsatzsteuer-ID: DE 261590461

Text- und Bildredaktion
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) mit Vera Gutofski, Vivien Schütze, Stefanie Beiersdorf, Mara Demir

Layout und Bildbearbeitung
Vera Gutofski

Gestaltungskonzept
3pc, Neue Kommunikation GmbH

Fotos
Coverbild: Adobe Stock, Stefan
Seite 16: Adobe Stock, de Art
Großbilder:
Seite 10: Adobe Stock, Nana_studio
Seite 23: Adobe Stock, Mario

Fotos ohne Quellenangabe:
www.pixabay.com, www.unsplash.com, www.qimby.net.

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler
Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001-208, Fax -130
presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise
Jahrgang 50/vierteljährlich
ISSN 1439-6343
Stand: 24.9.2024

Nutzung der Beiträge
Frei, bei Nennung der Quelle. Beispiel: aus Difu-Magazin Berichte, Ausgabe 3/2024. Info an presse@difu.de erbeten.

Druck
Spree Druck Berlin GmbH
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier.

RECYCLED
Papier aus Recyclingmaterial
FSC® C125128
FSC www.fsc.org

Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Website & Projektwebsites
Immer auf dem neusten Stand: Difu-Forschung, -Fortbildung, -Veröffentlichungen und vieles mehr sind auf der Difu-Website zu finden – und auch auf den Projekt-Websites, die das Difu im Rahmen seiner Projektarbeit betreibt:
www.difu.de
www.difu.de/15196

Difu-Magazin Berichte – auch online
Mit dem Difu-Magazin informiert das Institut vierteljährlich über Forschungsergebnisse, Standpunkte, neue Publikationen, neue Projekte, Veranstaltungen und vieles mehr. Die Berichte erscheinen kostenfrei als Print- und Online-Version. Der Umstieg auf die papierlose Version hat viele Vorteile: Klima schützen, Platz sparen, früher informiert sein – und das Difu von den Portokosten entlasten. Der Wechsel ist leicht: 1.) Mail-Adresse online unter Verteileraufnahme eintragen. 2.) Mail an presse@difu.de schicken und mitteilen, welche Postadresse wir löschen dürfen. Beim Erscheinen eines neuen Hefts erhalten eAbonnent*innen eine E-Mail mit dem Link zum aktuellen Heft (PDF). Durch das Online-Abo erhalten sie das Heft ca. zwei Wochen vor dem Erscheinen der Printausgabe, da Druck- und Versandzeiten entfallen. Das Online-Archiv reicht bis 1996 zurück.
www.difu.de/15194 (Verteileraufnahme)
www.difu.de/taxonomy/term/471 (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“
Alle zwei Wochen informiert das Difu über seinen E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über ausgewählte, neue Inhalte auf der Difu-Homepage.
www.difu.de/newsletter

Veröffentlichungen
Die Difu-Publikationen stehen überwiegend kostenfrei zum Download auf der Difu-Homepage zur Verfügung. Einige können als Printexemplar käuflich erworben werden.
www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsserie
Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ online an, die sich zu jedem Termin mit einem anderen aktuellen Thema zur Zukunft der Städte befasst.
www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Social-Media-Kanäle
Über Facebook und X kommuniziert das Difu aktuelle „teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem Institut bzw. zu kommunal relevanten Themen. Ausgewählte öffentliche Difu-Veranstaltungen sowie ausgewählte Vorträge von Difu-Wissenschaftler*innen können auf Youtube „nachgesehen“ werden:
www.facebook.com/difu.de
www.x.com/difu_d
www.youtube.com/@difu
www.t1p.de/r2u2x (Linkedin)

Presseverteiler
Die Pressemitteilungen informieren über medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut.
www.difu.de/13168

RSS-Feeds
Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen, Publikationen, Projekten, Ausschreibungen informieren in Echtzeit über neue Inhalte auf der Website.
www.difu.de/15162

Bildcollage: Difu

Smart Cities verstetigen

Wie können smarte Städte und Regionen Maßnahmen aus Förderprogrammen in den kommunalen Regelbetrieb überführen?

Smart Cities verstetigen

www.difu.de/18524

Theresa Hohmann, M.A.
+49 30 39001-1278
hohmann@difu.de

Foto: Adobe Stock, piyasuk

Kommunen, die am Förderprogramm Modellprojekte Smart Cities des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) teilnehmen, setzen digitale Lösungen für die Stadtentwicklung um, die auch für nicht geförderte Kommunen zugänglich und auf sie übertragbar sein sollen. Wenn es jedoch schon herausfordernd ist, erprobte Maßnahmen und Strukturen aus Modellprojekten langfristig abzusichern, so wird die Übertragung auf andere Kommunen auch einfach sein. Die geförderten Kommunen sind mit Auslaufen der Förderung gehalten, Maßnahmen eigenständig weiterzuführen oder alternative Betreibermodelle zu finden.

Die Förderung der ersten Modellprojekte läuft Ende 2024 aus. Das Difu untersucht daher im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), welche Möglichkeiten für eine Verstetigung von Smart-City-Lösungen und -Prozessen bestehen. Die aus der Analyse des Forschungsteams hervorgehenden Optionen werden zunächst überblicksartig erfasst. Im Anschluss sollen Falluntersuchungen praktische Vorgehensweisen der Kommunen sichtbar machen. Untersucht werden der Einfluss bestehender kommunaler Rahmenbedingungen auf die Weiterführung der Maßnahmen sowie die im Smart-City-Vorhaben aufgebauten organisatorischen Strukturen. Zudem werden die Entscheidungswege der Kommunen hinsichtlich der Frage erhoben, welche Maßnahmen und Strukturen verstetigt werden. So sollen die in die Praxis umgesetzten Schritte nachvollzogen und Erfahrungen für weitere Kommunen verfügbar gemacht werden. Es gilt, zentrale Anhaltspunkte zu identifizieren, die eine Verstetigung von Maßnahmen in Smart-City-Vorhaben fördern oder auch hemmen.

Portal Nachhaltige Kommunen

Vom SDG-Portal zur praxisorientierten digitalen Plattform für nachhaltige Kommunen.

Foto: Adobe Stock, Nuttapong punna

Das neue interaktive Portal soll Kommunen durch praxisorientiertes Wissen bei ihren Planungen und Maßnahmen des nachhaltigen Handelns unterstützen. Informationen, Leitfäden, Handbücher, Planungstools, Praxisbeispiele und Kommunalprofile werden auf der Plattform bereitgestellt, um die vielfältigen Aktivitäten von Städten, Landkreisen und Gemeinden für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort zu unterstützen und zu vereinfachen.

Die Plattform baut auf dem bisherigen, von der Bertelsmann Stiftung seit 2018 betriebenen SDG-Portal auf. Neben kommunalen Daten zu den Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) der UN stellt sie auch Praxisbeispiele und ein Berichtstool zur Verfügung. Das Difu unterstützte bereits das Vorgängerprojekt durch die Entwicklung eines umfangreichen Indikatorensets zu den SDGs, die Beratung von Kommunen zu ihrem Nachhaltigkeitsmanagement, die Erarbeitung verschiedener Monitorberichte zu Nachhaltigkeitsthemen sowie Veranstaltungen. Mit der Weiterentwicklung des SDG-Portals zur interaktiven Plattform wird eine zentrale Anlaufstelle für diejenigen in den Kommunen geschaffen, die für das Thema Nachhaltigkeit verantwortlich sind bzw. dieses vor Ort weiter vorantreiben wollen. Ebenso dient es zur Nachhaltigkeitskommunikation für Kommunen, die ihre Nachhaltigkeitsaktivitäten, -pläne und -fortschritte in individuellen Profilen transparent machen können.

Die Plattform wird zunächst mit rund zwanzig Modellkommunen entwickelt und erprobt, um den Bedarf vor Ort berücksichtigen zu können. Die Freischaltung der Plattform für alle Kommunen ist für Mitte 2025 geplant, danach erfolgt eine fortlaufende Weiterentwicklung und Aktualisierung.

Portal Nachhaltige Kommunen

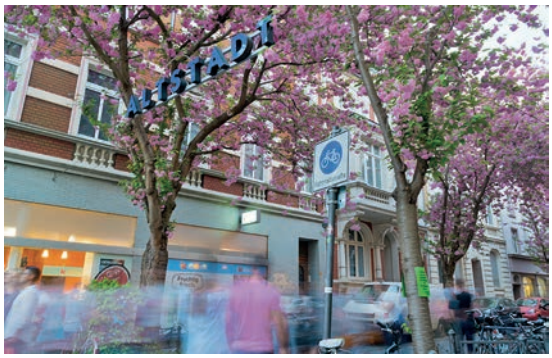
www.difu.de/18588

Marie Munzert, M.Sc.
+49 30 39001-161
munzert@difu.de

Valeska Liedloff, M.A.
+49 30 39001-200
liedloff@difu.de

Noch besser beteiligen

Workshops zur Weiterentwicklung der Leitlinien zur Bürger*innenbeteiligung in Bonn und Berlin-Neukölln.



Immer mehr Städte entwickeln anhand von Leitlinien ihre Bürger*innenbeteiligung fort. Aufbauend auf Grundsätzen und Standards geht es u. a. um Vorhabenlisten und Beteiligungsplattformen, um Initiativrechte für Bürger*innen und (trialogische) Beteiligungsgremien. Die Leitlinien werden – in einigen Städten gestützt auf Evaluationen – kontinuierlich weiterentwickelt. Dabei sind nicht nur die konkreten Erfahrungen aus der Umsetzung, sondern auch die sich verändernden Anforderungen an Beteiligung zu berücksichtigen: Die Digitalisierung von Beteiligung und ihre Verknüpfung mit der Smart City machen ebenso wie die wachsende Bedeutung kooperativer und koproduktiver Konzepte, der gezielte Einbezug von Kindern und Jugendlichen sowie die Verknüpfung der verwaltungsorientierten Leitlinien mit Initiativen der Stadtgesellschaft eine Überarbeitung der Leitlinien notwendig.

Die Bundesstadt Bonn und der Berliner Bezirk Neukölln stellen sich mit Unterstützung des Difu dieser Herausforderung. Die Stadt Bonn überarbeitet ihre 2014 beschlossenen und 2020 evaluierten Leitlinien in einem trialogischen Prozess, den das Difu begleitet und moderiert. Der Berliner Bezirk Neukölln zielt auf eine Stärkung seiner 2020 verabschiedeten bezirklichen Leitlinien für Bürger*innenbeteiligung durch einen intensiveren Einbezug der Verwaltung des Bezirksamts. Hierzu konzipiert und moderiert das Difu verwaltungsinterne Workshops für die Verwaltungsmitarbeitenden. Beide Prozesse knüpfen unmittelbar an ein 2023 abgeschlossenes Difu-Städteprojekt zur strukturierten Beteiligung an.

Noch besser beteiligen

www.difu.de/18551
www.difu.de/18567

Dr. rer. pol.
Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

Julius Grambow, M.Sc.
+49 30 39001-145
grambow@difu.de

Kleingärten sind grüne Infrastruktur

Kleingartenanlagen sind mehr als individuell nutzbare Gärten. Wie können sie weitere Funktionen erfüllen?

Foto: Adobe Stock, C. Schußler

In der vom Difu mit „gruppe F“ im Auftrag des BBSR bearbeiteten Studie wird zunächst der Status quo des Kleingartenwesens erhoben. In den Blick genommen werden dabei u.a. Flächen, bauplanungsrechtliche Sicherung, Größe der Anlagen, Lage im Stadtgebiet, Höhe des Pachtzinses sowie Leerstände und Nachfrage. Darüber hinaus gilt es, stadt- und sozialräumliche sowie grün- und umweltrelevante Fakten zu ermitteln, die für eine „Scharnierfunktion“ von Kleingärten zur grünen Infrastruktur von Bedeutung sind.

Untersucht werden unter anderem die stadträumliche Einbindung, die Erreichbarkeit, Einzugsbereiche und Wegstrecken. Aber auch die grünräumliche Einbindung, Verbindungen mit bestehenden Grünzügen und die Integration in Freiraumkonzepten werden betrachtet. Darüber hinaus wird analysiert, welchen Beitrag das Kleingartenwesen für den Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sowie zur Anpassung an den Klimawandel leistet. Schließlich wird in den Blick genommen, wie sich Vereinsstruktur und besondere Vereinsaktivitäten sowie das Netzwerk und die Netzwerkarbeit der Kleingärtner*innen – auch unter Berücksichtigung der Pandemiefolgen – darstellen.

Die Studie besteht aus quantitativer und qualitativer Forschung: Interviews mit Kleingartenverbänden und Landesministerien, standardisierte schriftliche Befragung ausgewählter Kommunen und Vereine sowie Fallstudien als gute Beispiele vor Ort. Die aus dem Projekt gewonnenen Ergebnisse münden in Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen für die rahmensetzenden und umsetzenden Akteure, die das Kleingartenwesen und die Entwicklung der grünen Infrastruktur in den Kommunen verantworten.

Kleingärten sind grüne Infrastruktur

www.difu.de/18561

Dipl.-Ing. agr.
Thomas Preuß
+49 30 39001-265
preuss@difu.de

Präsenz- und Online-Fortbildungen zu allen kommunal relevanten Themen

Wissen entsteht im Austausch. Nach dieser Devise bietet das Difu mit seinen Seminaren eine Plattform, um sowohl aus dem fachlichen Input der Difu-Wissenschaftler*innen als auch von den Praxiserfahrungen der Difu-Netzwerkpartern*innen zu lernen. Der Erfahrungsaustausch und die Vernetzung haben in den Difu-Seminaren einen hohen Stellenwert, sowohl vor Ort als auch online.

Es lohnt sich, einen Blick auf die Difu-Website zu werfen, den E-Mail-Newsletter „Difu-News“ zu abonnieren oder dem Difu in den sozialen Medien zu folgen: Auf der Website ist das gesamte Veranstaltungsangebot stets aktuell zu finden – sowohl hauseigene Seminare und Veranstaltungen als auch Veranstaltungen, die das Institut im Rahmen seiner Difu-Forschungs- und Wissenstransferprojekte durchführt.

Difu-Zuwenderstädte profitieren von den besonders günstigen Zuwendertarifen, eintägige Difu-WebSeminare können sie sogar kostenlos besuchen. Darüber hinaus können sie exklusiv und kostenlos Inhouse-Veranstaltungen buchen, die „Difu-Impulsvorträge“. Die im Rahmen von Projekten geförderten Veranstaltungen sind oft für alle Teilnehmenden sehr kostengünstig oder kostenfrei. Dazu gehören beispielsweise die Veranstaltungen des Mobilitätsforums Bund, des Zentrums KlimaAnpassung, der Agentur für Klimaschutz oder des Dialogforums zum Schwerpunkt Kinder- und Jugendhilfe.

Wir freuen uns auf den Austausch!

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
Leiterin Wissensmanagement und Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Veranstaltungsvorschau (Auswahl)

Auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität
Difu-Seminar
7.-8. Oktober 2024, Berlin
www.difu.de/18459

Was kostet Klimaschutz – Kosten und Nutzeneffekte von Klimaschutzmaßnahmen
Kommunaler Klimaschutz
8. Oktober 2024, online
www.difu.de/18537

Dachflächen nutzbar machen
Difu-Seminar
10.-11. Oktober 2024, Berlin
www.difu.de/18460

Werkzeuge für die treibhausgasneutrale Kommune
Kommunaler Klimaschutz
22. Oktober 2024, online
www.difu.de/18559

Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog
Difu-Seminar
28.-29. Oktober 2024, Köln
www.difu.de/18461

Klimaschutzförderung kompakt: Wer fördert was?
Kommunaler Klimaschutz
30. Oktober 2024
www.difu.de/18679

Eine Smart City werden
Difu-Seminar
4.-5. November 2024, online
www.difu.de/18462

18. Fahrradkonferenz in Hannover
5.-6. November 2024, Hannover
www.difu.de/18582

Gemeinwesenarbeit im Quartier
Difu-Seminar
7.-8. November 2024, Berlin
www.difu.de/18463

Inklusive und sozialraumorientierte Schulentwicklung an der Schnittstelle zur Jugendhilfe
Dialogforum Jugendhilfe
11.-12. November 2024, online
www.difu.de/18660

Kommunale Klimakonferenz 2024
Kommunaler Klimaschutz
12.-13. November 2024, Berlin
www.difu.de/18336

Lebenswerte und sichere Straßenräume für alle
12.-14. November 2024, online
www.difu.de/18573

On-Demand-Verkehre
Difu-Seminar
14.-15. November 2024, Berlin
www.difu.de/18599

Kommunale Klimakonferenz (Online-Foren)
Kommunaler Klimaschutz
14.-15. November 2024, online
www.difu.de/18657

SDGs für die Kultur nutzbar machen
Difu-Seminar
18.-19. November 2024, Berlin
www.difu.de/18562

Basics für die treibhausgasneutrale Kommune
Kommunaler Klimaschutz
19. November 2024, online
www.difu.de/18624

Auf das Auto angewiesen?
Difu-Seminar
21.-22. November 2024, online
www.difu.de/18464

Agentur-Online: KlimaMandat
Kommunaler Klimaschutz
21. November 2024, online
www.difu.de/18614

Werkzeuge für die treibhausgasneutrale Kommune
Kommunaler Klimaschutz
26. November 2024, online
www.difu.de/18615

Was bringt die Strukturierung von Beteiligung?
Difu-Seminar
27.-28. November 2024, Karlsruhe
www.difu.de/18311

Klimaschutz-Monitoring für eine nachhaltige Zukunft
Kommunaler Klimaschutz
3. Dezember 2024
www.difu.de/18678

Basics für die Treibhausgasneutrale Kommunalverwaltung
Kommunaler Klimaschutz
5. Dezember 2024, online
www.difu.de/18625

Serielles Sanieren
Difu-Seminar
6. Dezember 2024, online
www.difu.de/18465

Lebenswerte und sichere Straßenräume für alle
10.-12. Dezember 2024, online
www.difu.de/18574

Werkzeuge für die treibhausgasneutrale Kommune
Kommunaler Klimaschutz
10. Dezember 2024, online
www.difu.de/18628

Auszug 1. Halbjahr 2025

Bezahlbar wohnen!
Difu-Seminar
12.-13. Mai 2025, Berlin
www.difu.de/18672

Sichere Städte – Sicherheit für alle!
Difu-Seminar
15.-16. Mai 2025, Berlin
www.difu.de/18666

Der Weg zur Haltestelle
Difu-Seminar
19.-20. Mai 2025, Berlin
www.difu.de/18675

Wie wird die Kommune zur ressourcenleichten Kreislaufstadt?
Difu-Seminar
23.-24. Juni 2025, Berlin
www.difu.de/18664

Von Grau zu Grün – Potenziale der Entsiegelung nutzen
Difu-Seminar
26.-27. Mai 2025, Berlin
www.difu.de/18618

Kein Einzelhandel ohne Parkplätze?
Difu-Seminar
2.-3. Juni 2025, Berlin
www.difu.de/18665

Parkraum stadtverträglich organisieren
Difu-Seminar
30. Juni-1. Juli 2025, Berlin
www.difu.de/18619

Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Stadtentwicklung
Difu-Seminar
7. -8. Juli 2025, Berlin
www.difu.de/18661

Weitere Veranstaltungsangebote am Difu

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte
www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Dialogforum Jugendhilfe
www.jugendhilfe-inklusiv.de

Agentur für Kommunalen Klimaschutz
www.klimaschutz.de/de/agentur

Zentrum KlimaAnpassung
www.zentrum-klimaanpassung.de/termine

Mobilitätsforum Bund
www.mobilitaetsforum.bund.de

Überblick sämtlicher Veranstaltungen mit Details, Einzelprogrammen und Online-Anmeldetool – stets aktuell:
www.difu.de/programm

Planfeststellung meets Stadtentwicklung

Welche räumlichen und gestalterischen Herausforderungen übergeordnete Planungsvorhaben mit sich bringen, wurden in einem Difu-WebSeminar erläutert und diskutiert.

Der Ausbau von Bahnstrecken wie auch andere übergeordnete Infrastrukturvorhaben haben weitreichende Folgen für bestehende und zu entwickelnde Siedlungsstrukturen auf kommunaler Ebene. Der Bahnausbau verursacht in der Regel Lärm, die Trassen unterbrechen lokale Wegebeziehungen oder bilden Sichtbarrieren im Siedlungszusammenhang. Derartige städtebauliche und gestalterische Missstände beeinträchtigen

Foto: Adobe Stock, Leonid Andronov

bestehende Siedlungszusammenhänge und erschweren die Entwicklung angrenzender Brachflächen. Vor allem wachsende Städte können es sich nicht leisten, Flächen entlang dieser Trassen ungenutzt zu lassen. Wie kann es daher gelingen, baukulturell qualitätvolle Strategien und Lösungen zu finden, um planfestgestellte und übergeordnete Vorhaben in Einklang zu bringen mit den bestehenden Siedlungszusammenhängen und noch zu entwickelnden Flächen in den Kommunen vor Ort? Zu diesen und weiteren Fragen diskutierten Teilnehmende eines WebSeminars im Juni 2024.

Zum Einstieg in das Seminar wurde aus einem Projekt berichtet, in dessen Rahmen Difu, BPW Stadtplanung und Lärmkontor mehrere niedersächsische Kommunen entlang der Ausbaustrecke Alpha-E im Jahr 2022 dabei unterstützt haben, die Folgewirkungen von geplanten DB-Schallschutzmaßnahmen auf die angrenzenden Siedlungsräume zu erfassen und die Chancen und Herausforderungen für die Stadtentwicklung modellhaft zu identifizieren. Das Planfeststellungsrecht kennt bereits das Instrument der „Landschaftspflegerischen Begleitplanung“, mit dem durch die Vorhaben ausgelöste Eingriffe in Natur und Landschaft gesteuert werden können. Im Projekt ging es nun darum, sich dem neuen informellen Instrument einer „Städtebaulichen Begleitplanung“ modellhaft anzunähern. Vorhabenträger beschäftigen sich in der Regel nur mit dem direkten Raum der Trassenführung. Der ersatzlose Wegfall eines Bahnübergangs kann aber beispielsweise auch weiter weg im Ortskern Auswirkungen auf Durchgangsverkehre oder die Laufkundschaft von Geschäften haben.

Anhand von zwei kommunalen Praxisbeispielen aus Karlsruhe und Berlin wurde diskutiert, vor welchen Herausforderungen die Stadtentwicklung sowohl beim Ausbau des Bahnnetzes wie auch bei Flächenaufgaben durch die DB steht. Welche Eingriffe in das Stadtgefüge entstehen? Wie sieht die theoretisch beste Trassenführung aus, wie die tatsächlich gewählte? Welche Folgen haben diese Maßnahmen auf den Bestand? Innerstädtische Flächen sind rar, daher stehen alle Stadtgebiete unter einem hohen Verwertungs- und Nutzungsdruck. Wie können städtebaulich qualitätvolle Antworten gefunden werden, damit keine unattraktiven Restflächen, sondern baukulturell wertvolle Standorte entstehen? Welche Flächen können bei Nutzungsaufgaben tatsächlich genutzt werden und wie geht man mit Vorhalteflächen um? Welche Wege eines integrierten Lärmschutzes gibt es? Und stehen diese Flächen überhaupt noch zur Verfügung – eine aktuelle Gesetzesänderung könnte dies dauerhaft verhindern.

Dass Lärmschutzwände in der Regel nicht besonders attraktiv aussehen, ist bekannt. Wie es auch anders gehen könnte, zeigten die Ergebnisse eines Wettbewerbs zur Integration von Schallschutz beim RRX in Düsseldorf. Und auch die Übertragung des Farbleitkonzepts des UNESCO-Welterbe Oberes Mittelrheintal auf die neuen Lärmschutzwände der DB, das die natürliche Farbgebung des Tales aufnimmt, sind spannende Ansätze, die zur weiteren Diskussion anregen.

www.difu.de/18595

Dipl.-Ing.
Daniela Michalski
+49 30 39001-270
michalski@difu.de

Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
+49 30 39001-296
strauss@difu.de

Klimaschutz braucht kommunale Weichenstellungen

Mit dem Schulungsangebot „KlimaMandat“ unterstützt die Agentur für kommunalen Klimaschutz am Difu Ratsmitglieder in den Städten und Gemeinden, Klimaschutz-Themen verstärkt in kommunalpolitische Gremien einzubringen.

Vom Beschluss eines Klimaschutzkonzepts über die Ausweisung neuer Baugebiete bis hin zur Prioritätensetzung im Rahmen der Haushaltsaufstellung: Kommunale Ratsmitglieder stellen wichtige Weichen für den Klimaschutz vor Ort. Das neue Veranstaltungsformat „KlimaMandat – Schulung für kommunale Ratsmitglieder“ der Agentur für kommunalen Klimaschutz (Agentur), die im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) tätig ist, nimmt dies als Ausgangspunkt, um ehrenamtlichen Ratsmitgliedern das dafür notwendige Basiswissen, erfolgsversprechende Ansätze und gute Beispiele zur Nachahmung zu vermitteln.

Warum sich Klimaschutz-Engagement auf kommunaler Ebene lohnt, verdeutlicht eine Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) aus dem Jahr 2022. Laut dieser bestehen in Kommunen Minderungspotenziale von mindestens 101 Millionen Tonnen CO_2. Das entspricht etwa einem Siebtel der Treibhausgasemissionen Deutschlands im Jahr 2020. Damit können Kommunen einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise leisten.

Die Gemeinderäte sind dabei Schlüsselakteure. Gemäß einer Handreichung der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen behandeln die politischen Gremien einer Kommune pro Jahr zwischen 600 und 1.200 Beschlussvorlagen. Davon werden mehr als 40 Prozent als klimarelevant eingeschätzt.

Hier setzen die KlimaMandat-Schulungen an: Die Agentur sensibilisiert die Ratsmitglieder für ihre Einflussmöglichkeiten und zeigt unter anderem anhand des Instruments der sogenannten Klimachecks und der Arbeit von Klimabeiräten auf, wie Klimaschutz systematisch und durch das Einbeziehen kommunaler Akteure in die Gremienarbeit integriert werden kann.

Denn nicht immer kennen ehrenamtliche Ratsmitglieder die vielfältigen Möglichkeiten einer Kommune, im Klimaschutz aktiv zu werden. Diese reichen von der nachhaltigen Beschaffung über den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur bis zur Beratung von Bürger*innen bei der energetischen Gebäudesanierung. Dabei lohnt sich Klimaschutz für die Kommunen auch über den Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele hinaus: Der Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeffizienzmaßnahmen etwa entlastet den kommunalen Haushalt. Zudem gehen Klimaschutzmaßnahmen mit vielen weiteren positiven Nebeneffekten einher – von der Stärkung der regionalen Wertschöpfung durch klimafreundliche Investitionen bis zu einer höheren Lebensqualität vor Ort und dem Schutz der Gesundheit. Die Argumente für engagierten Klimaschutz sind zahlreich und werden in der Informationsveranstaltung anhand von Praxisbeispielen aufgegriffen.

Foto: Adobe Stock, Alessandro Calzolaro

Das Format stößt bei den Ratsmitgliedern auf große Resonanz. Die regelmäßig angebotenen Veranstaltungen sind meist in kürzester Zeit ausgebucht und bringen Ratsmitglieder aus dem ganzen Bundesgebiet zusammen. Die Agentur führt das Format im Auftrag des BMWK sowohl digital als auch in Präsenz durch und arbeitet regelmäßig mit Landesenergieagenturen und Landkreisen zusammen. So können regionale Rahmenbedingungen stärker berücksichtigt und die Ratsmitglieder bestmöglich unterstützt werden. Denn ob Klimaschutz erfolgreich sein kann, entscheidet sich (auch) in den kommunalpolitischen Gremien.

www.difu.de/18404

Jens Bieker, M.A.
+49 30 39001-177
bieker@difu.de

Grüne Welle, Deutschlandticket oder Parkgebühren?

Die Verkehrswende gelingt nur mit einer Änderung des Mobilitätsverhaltens. Doch gefestigte Mobilitätsroutinen sind schwer zu durchbrechen. Was braucht es von kommunaler Seite, um den Umstieg auf den Umweltverbund zu fördern?

Um die Klimaschutzziele des Verkehrssektors zu erreichen, müssen Fahrten vom motorisierten Individualverkehr (MIV) auf den Umweltverbund, das heißt auf Fahrrad, Fuß oder Öffentlichen Verkehr (ÖV), verlagert werden. Das Ziel ist bekannt, der Weg dahin jedoch zuweilen herausfordernd – denn trotz bisheriger Bemühungen sind immer mehr Autos auf deutschen Straßen unterwegs. Diese Beobachtungen waren Anlass und Ausgangspunkt der Diskussion über kommunale Handlungsoptionen zur Änderung des Mobilitätsverhaltens im Rahmen eines Difu-WebSeminars.

In der kommunalen Praxis werden bereits unterschiedlichste Strategien verfolgt und Maßnahmen erprobt, um eine Änderung des Mobilitätsverhaltens hin zum Umweltverbund zu erzielen. Dass vor allem das Zusammenwirken von aufeinander abgestimmten und sich ergänzenden Maßnahmen – in einigen Fällen unterstützt durch Anreize – Wirkung entfaltet, zeigten die im Seminar vorgestellten kommunalen Beispiele.

Foto: Adobe Stock, Mickis Fotowelt

„Es muss sich besser anfühlen, das Richtige zu tun“, so fasste es Stadtrat Dr. Michael Kopatz aus Marburg zusammen. Er stellte die Einführung einer Prämie für die Abmeldung des privaten Pkw vor. Wie die Attraktivität des Radfahrens gesteigert werden kann, präsentierte Dr. Ute Ehlers von der BVM der Stadt Hamburg am Beispiel des Projekts PrioBike. Die Hansestadt setzt unter anderem auf digitale Lösungen, um das Radfahren sicherer und komfortabler zu machen. Während solche finanziellen und immateriellen Anreize zwar Impulse für den Umstieg auf den Umweltverbund setzen können, betonten beide Referierenden, dass es zunächst die entsprechenden Rahmenbedingungen brauche, die Fuß, Rad und ÖV zur echten Alternative machen.

Solche Rahmenbedingungen können unter anderem durch Push- und Pull-Maßnahmen geschaffen werden. Als wohl bekannteste und öffentlichkeitswirksamste Pull-Maßnahme der letzten Jahre rückte vor allem das Deutschlandticket in den Fokus. Infas-Bereichsleiter Robert Follmer teilte hierzu erste Ergebnisse einer infas-Erhebung: Das Ticket sei vor allem eine Bindungsmaßnahme für ÖPNV-Nutzende, fördere bisher jedoch keine Veränderung des Modal Split (Verkehrsmittelwahl) zugunsten des Umweltverbundes. Nur etwa fünf Prozent der Fahrten, die mit dem Deutschlandticket zurückgelegt werden, würden demnach Fahrten mit dem MIV ersetzen. Dr. Florian Krummheuer von pluto.M ergänzte, wie das Deutschlandticket als smarte Lösung weiterentwickelt werden müsse, um die Versprechungen in Bezug auf den Beitrag zur Mobilitätswende einhalten zu können. Das Argument, Landbewohner*innen seien aufgrund fehlender Alternativen auf das Auto angewiesen, griff SMILE24-Teilprojektleiterin Anna Lara Paeske auf. Sie stellte das Modellprojekt vor, das unterschiedlichste Mobilitätsangebote von Car-Sharing über On-Demand-Verkehre bis hin zu Fahrradverleihsystemen im ländlichen Raum zusammenführt.

Während Verbesserungen der Angebotsqualität Voraussetzung für den Umstieg auf den Umweltverbund sind, braucht es zugleich Push-Maßnahmen, die die bisherige (politische und planerische) Priorisierung des Autos herausfordern. Als Beispiel wurde das gesamtstädtische Parkraummanagement der Stadt Landau i.d. Pfalz von Bürgermeister Lukas Hartmann vorgestellt.

Gleichermaßen zentral für alle vorgestellten Beispiele ist Kommunikation. Damit kommunale Bemühungen zur Änderung des Mobilitätsverhaltens – unabhängig davon, ob es sich hierbei um Anreize, Push- oder Pull-Maßnahmen handelt – Erfolg haben, braucht es die Akzeptanz der Bürger*innen. Diese kann durch transparente, frühzeitige und zielgruppenspezifische Kommunikation gefördert werden, so Sina Marx von der Kommunikationsagentur Lots*.

www.difu.de/18527

Dipl.-Geogr.
Anne Klein-Hitpaß
+49 30 39001-260
klein-hitpass@difu.de

Levke Sönksen, M.Sc.
+49 30 39001-174
soenksen@difu.de

Inklusive Frühförderung – Wirksamkeit im Fokus!

Wie sieht die Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe sowie Frühförderung aus? Was sind Gelingensbedingungen für eine bessere systematische Zusammenarbeit? Dies wurde in einer Veranstaltung des Dialogforums „Bund trifft kommunale Praxis“ erörtert.

Foto: Adobe Stock, Andrey

Frühförderung ist eine kostenlose Leistung für Kinder, die behindert oder von Behinderung bedroht sind und noch nicht zur Schule gehen. Ziel ist es, frühzeitig Bedarfe der Kinder zu entdecken, gute Angebote zur Förderung zu entwickeln und ihre Familien zu unterstützen. Wie das gelingen kann, wurde anhand von Impulsbeiträgen und Praxisbeispielen in der Veranstaltung, gefördert vom BMFSFJ, diskutiert.

Einen Überblicksvortrag zu „Inklusiver Frühförderung“ hielt Armin Sohns, Professor für Heilpädagogik und Transdisziplinäre Frühförderung an der Hochschule Nordhausen. Er erläuterte, dass sich die Frühförderung im Spannungsfeld der Frühförderstellen und Sozialpädiatrischen Zentren bewegt. Die Frühförderstellen liegen in der Zuständigkeit kommunaler „Rehabilitationsträger“ und das interdisziplinär-ambulante System der Sozialpädiatrischer Zentren in Zuständigkeit der Krankenversicherung. Das Zusammenführen der verschiedenen Systeme und Zuständigkeiten zu einem gemeinsamen Gesamtsystem ergebe die „Komplexleistung“, in der Eingliederungshilfe, Kinder- und Jugendhilfe und das Gesundheitswesen interdisziplinär zusammenwirken. Pädagogik, Medizin und Therapie sind die wesentlichen Bestandteile.

Mit dem Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes 2016 gibt es als Bestandteil der Komplexleistung ein offenes Beratungsangebot für Eltern, die ein Entwicklungsrisiko bei ihrem Kind vermuten. Im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) wurde 2021 geregelt, dass 2028 eine Zuständigkeitsverlagerung in die Kinder- und Jugendhilfe erfolgen soll. Um mehr Chancengleichheit für die Kinder zu erzielen, müssen die Fachkräfte beider Systeme responsiv, umfeldorientiert und vor allem früher ansetzen, so Prof. Sohns. Aufgrund wachsender Fallzahlen und langer Wartelisten bei Frühförderstellen liege hier derzeit eine große Schwierigkeit. Zudem gebe es vielfältige ungeklärte Schnittstellen. Auch der Übergang Kita – Schule sollte von der Frühförderung begleitet werden können, was bisher nicht der Fall ist.

Als Beispiel für ein erfolgreiches integriertes Zusammenwirken der Hilfesysteme wurde der Landkreis Nordfriesland mit einem hohen Anteil fallunspezifischer Arbeit genannt. Des Weiteren werden im Landkreis Göttingen und im Vogelsbergkreis alle Antragsverfahren ausgesetzt und so darauf verzichtet, Kindern eine Behinderung zuzuschreiben, um auch die Eltern zu stärken. Helmut Benner, Leiter des Jugendamts Vogelsbergkreis, berichtete von positiven Erfahrungen durch diese andere Art der Arbeit.

In der Diskussion der Teilnehmenden wurde die große Hoffnung ausgedrückt, dass ein inklusives SGB VIII dazu beitragen könne, die inklusive Frühförderung weiter zu entwickeln und dass das Jugendamt seine Rolle als Rehabilitationsträger im Sinne des SGB IX kreativ umsetzt.

Eine inklusive Lösung gibt es erst dann, wenn der Fokus nicht mehr auf Defizite von Kindern liegt, mit dem Anspruch, Entwicklungsrisiken (auch präventiv) zu begrenzen sowie Teilhabebedarfe gemeinsam mit den Eltern zu beschreiben. Es bedarf dringend Raum für weiteren Erfahrungsaustausch.

www.difu.de/18572

Dipl.-Soz.
Kerstin Landua
+49 30 39001-135
landua@difu.de

Dreieich – eine facettenreiche Stadt

Seit diesem Jahr profitiert auch Dreieich als Zuwenderstadt von den Difu-Serviceleistungen und dem erweiterten Forschungs-, Fortbildungs- und Beratungsangebot für Kommunen. Ein Blick in die Stadt zwischen urbanem Lebensgefühl und ländlichem Ambiente.

Foto: Stadt Dreieich/Sascha Becker

Bis ins 6. Jahrhundert zurück reichen die historischen Wurzeln, als die Kaiser das Sagen hatten im Wildbann Dreieich. 1977 wurde Dreieich als Zusammenschluss von fünf Stadtteilen als eigenständige Stadt gegründet und hat sich seitdem zu einem beliebten Lebensort in der prosperierenden Metropolregion FrankfurtRheinMain entwickelt.

Über 42.000 Menschen aus mehr als 130 Nationen leben in den unterschiedlichen Stadtteilen: im modernen, lebendigen Sprendlingen, dem eher ländlich geprägten Offenthal und Götzenhain, der prächtigen Villenkolonie Buchschlag und dem mittelalterlichen Dreieichenhain mit der Burg Hayn.

Mehrfach von der IHK Offenbach als Wohnort für Fachkräfte ausgezeichnet, bietet Dreieich ein ausgezeichnetes Umfeld, um sich beruflich und persönlich weiterzuentwickeln. So nimmt Dreieich mit rund 3.900 ansässigen IHK-zugehörigen Unternehmen den Spitzenplatz im Kreis Offenbach ein. Hinzu kommen eine gute Anbindung an den internationalen Flughafen Frankfurt, die wichtigsten Autobahnverbindungen und das ÖPNV-Netz der Region.

Neben dem hervorragenden Arbeitsumfeld bietet Dreieich ein hohes Maß an Freizeitwert und Lebensqualität. Nicht nur den größten Golfplatz der Region findet man in der Stadt, auch zahlreiche Angebote und Einrichtungen sind vor Ort. Hier am Rande der auslaufenden Hügel des Odenwaldes laden Naturschutzgebiete, Parks und Felder zum Spaziergehen und Erholen ein. Überregional bekannte und beliebte Angebote wie die Dreieichenhainer Burgfestspiele oder die Dreieicher Musiktage bieten kulturelle Unterhaltung auf höchstem Niveau, Volksfeste wie die Haaner Kerb pflegen Brauchtum und Feiern gleichermaßen. Im Winter locken heimelige Weihnachts- und Adventsmärkte.

Ob man die Deutsche Fachwerkstraße entlangfährt, die hessische Apfelwein- und Obstwiesenroute wandert oder einen der zahlreichen Radwege rund um Dreieich nutzt: Der Freizeitwert von Dreieich kann sich sehen lassen. Lokale Gastronomie ist ebenso vorhanden wie internationale Spezialitätenrestaurants. Kinder und Jugendliche finden in Dreieich neben zahlreichen Spielplätzen schnell spannende Freizeitaktivitäten, Ferienangebote und ein gutes, auch internationales Schulportfolio.

Dreieich verbindet als zweitgrößte Kommune im Kreis Offenbach Tradition mit Moderne und steht damit stellvertretend für die Anziehungskraft der Metropolregion FrankfurtRheinMain als Arbeits- und Lebensmittelpunkt.

www.dreieich.de

Germersheim – Die Festungsstadt in der Metropolregion Rhein-Neckar

Seit diesem Jahr profitiert auch Germersheim als Zuwenderstadt von den Difu-Serviceleistungen und dem erweiterten Forschungs-, Fortbildungs- und Beratungsangebot für Kommunen. Ein Blick in die Festungsstadt am Rhein mit viel Geschichte und Atmosphäre.

Idyllisch in der Vorderpfalz am Rhein gelegen, blickt Germersheim auf eine lange Geschichte zurück, die in vielen Winkeln der Stadt spürbar ist. 1276 erhielt Germersheim die Stadtrechte durch König Rudolf I. von Habsburg und wurde bis 1861 zu einer beeindruckenden Festung ausgebaut, die auch heute noch das Stadtbild prägt. Heute zählt die Kreisstadt rund 22.500 Einwohner*innen und ist ein international bekannter Universitätsstandort der Metropolregion Rhein-Neckar.

Den sehenswerten historischen Bauwerken und zahlreichen Überbleibseln aus der Festungszeit begegnet man in Germersheim auf Schritt und Tritt. Um die teils perfekt erhaltenen Festungsanlagen sind mittlerweile zahlreiche schöne Parks und Grünflächen, Kinderspielplätze und viele andere Freizeiteinrichtungen entstanden, die das kulturelle Leben der Stadt prägen. Zur touristischen Attraktivität tragen Festungsführungen, Stadtfeste und zahlreiche Veranstaltungen im Rahmen des Rheinland-Pfälzischen Kultursommers bei. Zudem gibt es sehenswerte Museen, ein Künstleratelier, einen Skulpturenweg, die städtische Musikschule und Musik-Akademie sowie verschiedene Vereinsheime.

Während die Lage am Hochufer des mittleren Oberrheins früher eine strategische militärische Bedeutung hatte, ermöglicht sie nun durch einen modernen Hafen eine wirtschaftliche Anbindung in die Metropolregion Rhein-Neckar. Auch die verkehrsgünstige Lage, der Anschluss an das überregionale Fernstraßen- und Schienennetz sowie eine Straßen- und eine Eisenbahnbrücke über den Rhein haben in den vergangenen Jahrzehnten die Entwicklung der Stadt zu einem bedeutenden Wirtschaftsstandort am mittleren Oberrhein begünstigt. Mit Arbeitsplätzen in Industrie, Gewerbe, Handel, Dienstleistungsbetrieben und Verwaltung ist Germersheim eine wettbewerbsfähige Stadt mit hoher Wohn- und Lebensqualität.

International wird die Stadt Germersheim durch die Städtepartnerschaften mit Tournus (Frankreich) und Zalaszentgrót (Ungarn) bereichert. Außerdem befindet sich der Fachbereich Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz in der ehemaligen Seyssel-Kaserne, einer sogenannten Defensivkaserne aus der Festungszeit.

Ein besonderes Ausflugsziel sind die umliegenden Auenlandschaften am Rhein – ein Naturschutzgebiet wie es sich in dieser Form nur selten in Deutschland findet. Bei Bootsfahrten unter geschulter Führung auf dem Altrhein bei Germersheim lassen sich seltene Tier- und Pflanzenarten in ihrem natürlichen Habitat beobachten und die einzigartige Natur erkunden.

Foto: Adobe Stock, Utiroff

www.germersheim.eu

Dr. Julia Burgold

arbeitet seit März 2024 im Team Stadt und Raum des Forschungsbereichs Stadtentwicklung, Recht und Soziales am Difu-Standort Berlin. Sie studierte Humangeographie an der Universität Potsdam und promovierte dort zum Thema Obdach- und Wohnungslosigkeit. In ihrer Postdoc-Zeit an der Privaten Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz beschäftigte sie sich mit Organisations- und Governancefragen in der modernen Philanthropie. Am Difu forscht sie zu den Themen Wohnen, soziale Teilhabe und Quartiersentwicklung und arbeitet derzeit u.a. im Projekt „Teilhabe in ‚neuen' Ankunftsquartieren stärken" mit.

Hanna Gieseler

war seit knapp fünfeinhalb Jahren im Difu-Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen tätig – zunächst als Studentin und die letzten rund zweieinhalb Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin. In dieser Zeit hat sie sich im Team Wirtschaft, Finanzen und Nachhaltigkeitsindikatorik schwerpunktmäßig mit Fragen der kommunalen Wirtschaft sowie der Governance und Verwaltung mit Blick auf Innovationsfähigkeit und Nachhaltigkeit beschäftigt. Mit großem Enthusiasmus hat Hanna Gieseler kreative Techniken für die wissenschaftlichen und beratenden Produkte eingebracht. Seit April 2024 kommen diese bei ihrer neuen Tätigkeit als Lehrende in der Abteilung Humangeographie der Georg-August-Universität Göttingen zum Einsatz.

Julius Grambow

ist seit April 2024 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Team Stadt und Gesellschaft des Forschungsbereichs Stadtentwicklung, Recht und Soziales am Difu-Standort Berlin beschäftigt. Er ist in Projekte zur Wohnraumsituation und zu Beteiligungsprozessen eingebunden – derzeit zur Wohnsuffizienz, zur Leerstandaktivierung in strukturschwachen Regionen und zur regionalplanerischen Wohnraumschaffung. Zuvor bearbeitete er im Ausland verschiedene Projekte an der Schnittstelle von Architektur, Stadtplanung und Forschung. Zuletzt leitete er die Bürger*innenbeteiligung in einer Sozialwohnsiedlung in London. Er studierte Architektur an der TU München und der Accademia di architettura Mendrisio, Urban Design an der TU Berlin und Urbanisation and Development an der London School of Economics and Political Science.

Julius Hagelstange

war zehn Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Difu-Forschungsbereich Umwelt am Standort Köln tätig. Zuletzt leitete er die Agentur für kommunalen Klimaschutz. Darüber hinaus war er in verschiedenen nationalen und internationalen Forschungsprojekten sowie Akquisen beteiligt. Seine Difu-Arbeitsschwerpunkte lagen im kommunalen Klimaschutz und dabei insbesondere in der Beratung von Kommunen und der strategischen Unterstützung von Ministerien bei der Fortentwicklung kommunaler Förderprogramme. Seit April 2024 beschäftigt er sich beruflich mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und ist in der Genehmigung von Offshore-Netzanbindungssystemen bei einem Übertragungsnetzbetreiber tätig.

Katrin Purps

unterstützt seit April 2024 als Referentin das Team Drittmittelmanagement. Sie begleitet Forschungsprojekte des Difu hinsichtlich der administrativen Aufgaben von der Antragstellung bis zum Verwendungsnachweis. Zuvor sammelte sie im EU-Büro der Forschungsabteilung der Technischen Universität Berlin Erfahrung in der Drittmittelverwaltung für Forschungsprojekte, die aus EU-Förderprogrammen finanziert werden. Katrin Purps hat an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin Betriebswirtschaftslehre studiert.

Betül Türkeri

arbeitet seit Februar 2024 am Standort Köln im Forschungsbereich Umwelt als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Team „Klimaanpassung und Stadtökologie". Im Zentrum KlimaAnpassung (ZKA) übernimmt sie vorwiegend Tätigkeiten im Bereich Fortbildung und Vernetzung. Ihren Master der Europastudien hat sie an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen absolviert. Danach war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität zu Köln im Bereich der EU-Türkei-Beziehungen tätig und nahm zeitgleich einen berufsbegleitenden Master in „Wasser und Umwelt" an der Bauhaus-Universität Weimar auf. Anschließend sammelte sie während eines binationalen Forschungsprojekts in Istanbul Erfahrungen im Bereich „Wasserbewusste Stadtentwicklung" und „Klimaanpassung".

Abgebildete (v.l.n.r.)
Dr. Julia Burgold (Foto: Marcus Sielaff), Hanna Gieseler (Foto: Vera Gutofski) Julius Grambow, Julius Hagelstange (Fotos: Marcus Sielaff), Katrin Purps (Foto: Vera Gutofski), Betül Türkeri (Foto: Marcus Sielaff)

Difu im Beirat des VCD

Difu-Forschungsbereichsleiterin Anne Klein-Hitpaß wurde in den wissenschaftlichen Beirat des Verkehrsclubs Deutschland e. V. (VCD) berufen und unterstützt den Verband mit fachlicher Expertise bei seiner verkehrspolitischen Arbeit. Ziel ist es, Mobilität für alle gerecht, inklusiv, umwelt- und klimaschonend sowie nachhaltig zu gestalten.

www.t1p.de/brsgm

FUKO 2025: Difu im Begleitkreis

Der 5. Deutsche Fußverkehrskongress findet 2025 in der Landeshauptstadt Mainz statt und bietet eine Austauschplattform zu Strategien und Projekten für den Fußverkehr. Difu-Wissenschaftlerin Uta Bauer ist Mitglied im fachlichen Begleitkreis des FUKO 2025 und erstellt mit weiteren Expert*innen die finale Auswahl der Beiträge.

www.t1p.de/t26cg

Was schulden wir der Zukunft?

In einem digitalen Mittagsgespräch der Heinrich-Böll-Stiftung am 10. Juli diskutierten Difu-Teamleiter Dr. Henrik Scheller, der baden-württembergische Finanzminister Dr. Danyal Bayaz und Katja Dörner, Oberbürgermeisterin von Bonn, zu Zukunftsinvestitionen in Ländern und Kommunen.

www.t1p.de/8l1kk

Wirtschaftsverkehr neu denken

Auf der Fachkonferenz „Vorfahrt für die Güter? Wirtschaftsverkehr in Berlin neu denken“ am 24. Juni kommentierte Difu-Wissenschaftlerin Carina Heinz das Impuls-Papier der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zum Wirtschaftsverkehr in urbanen Räumen und nahm an der anschließenden Podiumsdiskussion teil. Die Veranstaltung wurde gemeinsam vom Landesbüro Berlin und dem Managerkreis Berlin-Brandenburg der FES organisiert.

www.t1p.de/b930a

Difu im Klimabeirat der Stadt Neuss

Difu-Wissenschaftlerin Ines Fauter aus dem Forschungsbereich Umwelt wurde als beratendes Mitglied in den Klimabeirat der Stadt Neuss berufen.

www.t1p.de/7x0e2

Transformation der Einfamilienhausgebiete

Beim Konvent für Baukultur am 19. Juni in der Landeshauptstadt Potsdam hielt Difu-Forschungsbereichsleiterin Ricarda Pätzold im Forum einen Impulsvortrag zum Thema „Bodenpolitische Instrumente in Einfamilienhausgebieten“ und moderierte die Werkstatt „Aus eins mach zwei – Transformation der Einfamilienhausgebiete“.

www.t1p.de/olp8i

Wie schaffen wir das Fahrradland-Plus?

Difu-Forschungsbereichsleiterin Anne Klein-Hitpaß nahm am 6. Juni beim Parlamentarischen Abend des ADFC an der Podiumsdiskussion „Fahrradland Deutschland: Potenziale ausschöpfen – Klimaziele erreichen“ teil. Klein-Hitpaß sprach sich für einen vereinfachten Förderrahmen aus, um Kommunen zu entlasten und die Verkehrsplanung schneller voranzubringen. Mit auf dem Podium: Staatssekretär Höppner (BMDV), Dr. Heike Horn (Geschäftsführerin des DVF), Prof. Dr. Felix Creuzig (TU Berlin) sowie Sarah Harcer (ADFC).

www.t1p.de/j79lk

Symposium zu Smart City Science

In Bonn trafen am 19. Juni beim nichtöffentlichen Symposium „Smart City Science“ des BBSR Vertreter*innen aus Wissenschaft und Praxis zusammen und tauschten sich zu aktuellen Themen der Smart-City-Forschung und zu laufenden Prozessen ausgewählter Modellprojekte aus. Difu-Wissenschaftler Jan Abt hielt den Vortrag „Mehr Gleichwertigkeit durch Digitalisierung – ein verständlicher Trugschluss“.

www.t1p.de/s18mg

Verkehrswende in Städten

Wie sieht die Mobilität von morgen aus? Difu-Forschungsbereichsleiterin Anne Klein-Hitpaß nahm am 18. Juni an einer Podiumsdiskussion in der Reihe „Grenzenlos erfolgreich? – Internationaler Handel im Diskurs“ des Europäischen Hansemuseums teil, die sich dieser Frage widmete. Außerdem dabei waren Dr. Anjes Tjarks, Senator für Verkehr (Hamburg), Jan Lindenau, Bürgermeister der Stadt Lübeck sowie Lydia Rintz, Professorin für Städtebau (Lübeck).

www.t1p.de/3xj96

Gesundheit in Zeiten des Klimawandels

Am 17. Juni fand die 8. Konferenz der Landesvereinigung Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. „Gesund in Kommune – Klima mitdenken“ in Magdeburg mit kommunalen Vertreter*innen aus Sachsen-Anhalt statt. Difu-Teamleiter Jens Hasse erläuterte in einer Rede grundlegende Zusammenhänge zwischen Klimawandel, Klimafolgen und Gesundheitsbelastungen sowie Strategien und Maßnahmen zur Hitzevorsorge.

www.t1p.de/8bpkm

Umkämpfter Raum in den Städten

Im Vortrag von Difu-Wissenschaftlerin Dr. Michaela Christ, den sie am 7. Juni im Rahmen der LowTechBau hielt, ging es um soziale und ökologische Anforderungen im Umgang mit Flächen. LowTechBau ist ein Suffizienz-Fachsymposium an der TU Berlin. Im Diskurs standen Lösungswege für einen nachhaltigen Transformationsprozess im Gebäudebereich

www.t1p.de/jpfxo

Wohnraum schaffen – Vernetzung, Synthese, Transfer

Difu-Wissenschaftler Robert Riechel wurde in die acatech-Arbeitsgruppe „Stadt- und Quartiersentwicklung“ berufen. Im Fokus stehen Fragen rund um die Erfordernisse und Potenziale der integrierten Quartiersentwicklung. Aus den AG-Ergebnissen sollen Handlungsoptionen und -empfehlungen für die Politik abgeleitet werden.

www.t1p.de/9bspq

Difu bei der Zukunftsstadt-Konferenz 2024

Bei der Konferenz „Zukunftstadt 2024 – Stadt-Land-Zukunft“ des BMBF nahm Difu-Forschungsbereichsleiter Dr. Jens Libbe am 14. März an einer Diskussion zur Zukunftsstadtforschung teil. Es um die Frage, wie Erkenntnisse transformativer Forschung in die Praxis nachhaltiger Stadtentwicklung münden können.

www.t1p.de/4gyfk

Fotos (v.l.n.r.)
1: Adobe Stock (Nick Starichenko), 2: Adobe Stock (Lea), 3: Adobe Stock (Xato Lux), 4: Adobe Stock (Wang)

Neues im Difu Inter-/Extranet

Berichte 3/2024

Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunal relevante Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen.

Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen an die Infos über die Difu-Homepage im „Extranet". Im Berichte-Magazin sind Exklusiv-Inhalte mit diesem Symbol ✪ gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte und -verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:
→ www.difu.de/extranet/

Übersicht der Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:
→ www.difu.de/15192

Sollte trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, so hilft der Bereich Wissensmanagement gern weiter:

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Fragen zu Difu-Publikationen:

Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Bestellungen:
+49 30 39001-253
vertrieb@difu.de

→ www.difu.de/publikationen

Neue Veröffentlichungen zum Download

Difu-Magazin Berichte 3/2024
→ www.difu.de/18607

Die Rolle von Sustainable Finance in deutschen Kommunen
→ www.difu.de/18681

Planspiel zur BauGB-Novelle 2023/2024
→ www.difu.de/18676

Der Weg zu Fuß zur Haltestelle – ein blinder Fleck in der Mobilitätsforschung?
→ www.difu.de/18680

Kommunen strukturieren Beteiligung: Bausteine, Erfahrungen, Perspektiven
→ www.difu.de/18576

Ist das noch Krise oder schon Transformation?
→ www.difu.de/18581

#Klimahacks – Klimagerechte Mobilität im Quartier
→ www.difu.de/18658

Hohe kommunale Investitionsbedarfe in öffentlichen Verwaltungsgebäuden
→ www.difu.de/18585

Organisation und Management in smarten Städten und Regionen
→ www.difu.de/18579

Superblocks – zwischen Verkehrsberuhigung und nachhaltiger Transformation des öffentlichen Raumes
→ www.difu.de/18569

Orientierungswerte für öffentliches Grün
→ www.difu.de/18568

#Klimahacks – Mach dein Projekt: Zirkuläres Bauen
→ www.difu.de/18547

Die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie aus kommunaler Sicht
→ www.difu.de/18538

Region ist Solidarität
→ www.difu.de/18534

Citizen Science. Akademische und bürgerschaftliche Stadtgeschichtsforschung Moderne Stadtgeschichte
→ www.difu.de/18546

Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge und Videos

KfW-Kommunalpanel 2024 – Kurzvortrag von Difu-Wissenschaftler Dr. Christian Raffer
→ ✪ www.t1p.de/toksi

Klimaschutz in der Smart City – Kurzvortrag von Difu-Wissenschaftlerin Theresa Hohmann!
→ ✪ www.t1p.de/qxc0w

Quartiersgarage – eine, die alles kann?!
→ ✪ www.difu.de/18563

Planfeststellung meets Stadtentwicklung
→ ✪ www.difu.de/18556

Grüne Welle, Deutschlandticket oder Parkgebühren?
→ ✪ www.difu.de/18527

Flucht, Zuwanderung und Integration
→ ✪ www.difu.de/18555

26. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement
→ ✪ www.difu.de/18543

Von Baulandbeschluss bis Zwischenerwerb
→ ✪ www.difu.de/18529

Die lastenradfreundliche Kommune
→ ✪ www.difu.de/18504

Nachrichten aus dem Difu-Extranet
→ ✪ www.difu.de/extranet/nachrichten

Presseresonanz – das Difu in den Medien
Nachfolgend eine Auswahl von Beiträgen, in denen das Difu online erwähnt wurde – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen zu den Beiträgen.

ARD tagesschau, 11.9.2024
So werden Deutschlands Brücken geprüft
Teilbrückeneinsturz in Dresden – dringender Sanierungsbedarf bei Tausenden von Brücken. Die tagesschau bezieht sich in ihrem Beitrag auf eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik aus dem Jahr 2023, in der Kommunen in ganz Deutschland nach dem Zustand ihrer Brücken befragt wurden.
www.t1p.de/7dv41

SÜDKURIER, 7.9.2024
Schulen werden saniert
Viele Schulen in Deutschland benötigen eine Renovierung. Die Stadt Donaueschingen nutzte die Ferienzeit, um Sanierungsarbeiten vorzunehmen, und zeigt auf, mit welchen Kosten diese verbunden sind.
https://t1p.de/l1xuw

Süddeutsche Zeitung, 29.8.2024
Wo wollen wir wohnen?
Das Leben in der Stadt oder im Dorf bietet jeweils seine Vor- und Nachteile. Welcher Ort für einen selbst in Frage kommt und wie eine Entscheidung getroffen werden kann, darüber spricht Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold
www.t1p.de/fs01k

BR24, 24.8.2024
Platzmangel in Bayern: Muss Wohnen höher gedacht werden?
Einfamilienhäuser sind beliebt, aber der Platz in den Kommunen ist knapp. Wäre höher effizienter? Wie es aktuell in Bayern aussieht und welche stadtplanerischen Lösungen es gibt, darum geht es in einem Audio-Beitrag des Bayerischen Rundfunks, u.a. mit Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold.
www.t1p.de/qelnk

Deutschlandfunk, Agenda, 7.8.2024
Verzichtsprämie für Privat-Pkw?
Wie können Autofahrer*innen zur Abgabe ihres PKW bewegt werden? Ist eine Verzichtsprämie eine sinnvolle Maßnahme? Diskussion u.a. mit Difu-Wissenschaftlerin Levke Sönksen.
www.t1p.de/e2ylu

rbb Radio3, 6.8.2024
Klimafreundlicher Nahverkehr
Wie kann der öffentliche Nahverkehr klimafreundlicher werden und wie kann man mehr Menschen zum Umsteigen auf den ÖPNV bewegen? Difu-Wissenschaftlerin Alexandra Bensler im radio3-Klimagespräch.
www.t1p.de/zgwjq

Kommunalwirtschaft.online, 5.8.2024
Smart City-Vorhaben effizient organisieren
Um Smart City-Vorhaben erfolgreich umsetzen zu können, muss über traditionelle Verwaltungsstrukturen hinausgedacht werden. Was macht ein effizientes Management von Smart-City-Projekten aus? Worauf kommt es bei der Entwicklung wirkungsvoller Organisationsmodelle an?
https://t1p.de/2ek87

rbb Radio3, 1.8.2024
Radschnellwege & die Verkehrswende in Berlin
In Berlin wurden die Planungen für viele Radschnellwege gestoppt. Welche Relevanz haben Radschnellwege für die Verkehrswende? Darüber spricht Difu-Wissenschaftlerin Anne Klein-Hitpaß vom Difu.
www.t1p.de/z14g3

tagesschau Podcast „mal angenommen“, 25.7.2024
Jeden Sommer 45 Grad? Was dann?
Mal angenommen, 45 Grad im Sommer sind normal. Ein realistisches Szenario: Durch den Klimawandel werden Hitzewellen extremer. Wie halten wir das aus? Wie müssen wir unsere Städte umbauen?
www.t1p.de/6s3ez

Tagesspiegel, 20.7.2024
Geblockte Kieze und Straßen verringern Gesamtverkehr
Wie sich Kiezblocks auf den Gesamtverkehr auswirken, wurde im Difu-Projekt „TuneOurBlock“ erforscht. Difu-Wissenschaftlerin Uta Bauer berichtet über die Ergebnisse.
https://t1p.de/90r79

SWR Kultur, 16.7.2024
Technik für lebenswerte Städte
Parksensoren zeigen zugeparkte Rettungswege. Ampeln schalten intelligent um und Bäume melden, wenn sie Wasser brauchen. Kommunen wollen ihre Städte zu Smart-Cities entwickeln.
www.t1p.de/4zo57

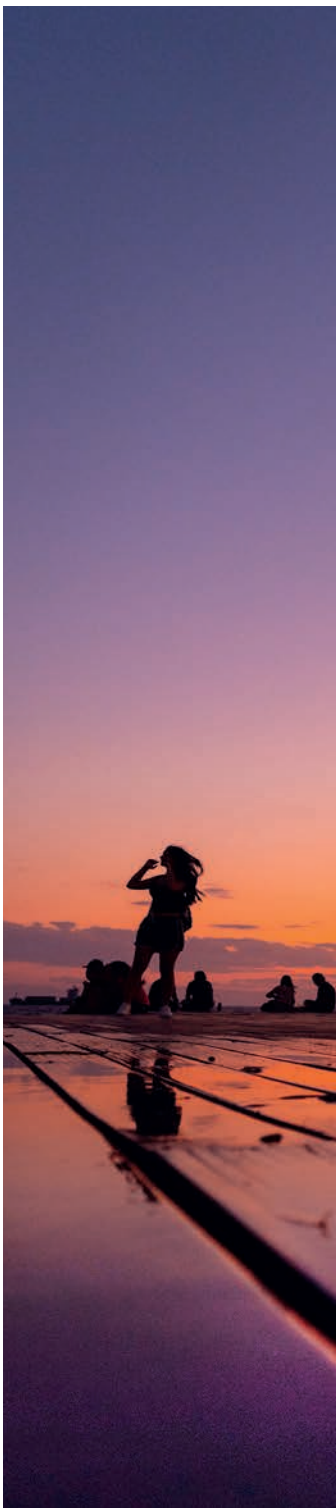
BR24 – Faktenfuchs, 5.7.2024
Beton-Hochhäuser sind nicht nachhaltig
Wohnraum ist in Deutschland knapp, besonders in München. Deshalb sind einige dafür, in die Höhe zu bauen – andere strikt dagegen. Aber wie nachhaltig sind Hochhäuser?
www.t1p.de/8vifk

Der Neue Kämmerer, 4.7.2024
Entstehende Kosten für die Transformation der Städte
Um Kommunen smart und klimaneutral zu gestalten, bedarf es einer digitalen und energetischen Transformation. Welche Ressourcen werden hierfür benötigt?
https://t1p.de/pdseu

WDR kugelzwei, 3.7.2024
Eine Stadt für alle durch Gender Planning
Lange Zeit stand die Funktionalität im Mittelpunkt der Stadtplanung, doch der Fokus könnte sich in Zukunft verlagern. „Gender Planning“ greift den Aspekt des Wohlfühlens auf und bezieht hier alle Personengruppen ein. Was das genau bedeutet, erklärt Difu-Wissenschaftlerin Stephanie Bock
www.t1p.de/9kxqs

Behörden Spiegel, 28.6.2024
Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2024
Zwischen Preisdruck und Finanznot: Die Bertelsmann-Stiftung und das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) haben das „Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2024“ veröffentlicht.
www.t1p.de/c0paq

Frankfurter Neue Presse, 27.5.2024
Zur Zukunft der Städte: „Die Lage ist ernst“
In den Städten entscheidet sich, ob der Umbau zu einer ökologisch und ökonomisch lebensfähigen Gesellschaft in Deutschland gelingt. Noch geht zu wenig voran. Was muss sich ändern? Ein Interview mit Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl.
www.difu.de/18578



Deutsches Institut
für Urbanistik

www.difu.de